



## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 19. Oktober 2020**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **45. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.04 Uhr.  
Ende der Sitzung: 18.27 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 44. Sitzung des Gemeinderates vom 21.09.2020 liegt zur  
Einsichtnahme auf.

#### **Männliche/weibliche Form im Text**

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.  
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.



# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 02.10.2019 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

## Anfragen

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOCR an Bürgermeister Dr. Andreas Rabl betreffend unbefristete Bestellung des Magistratsdirektors  
Verf-015-W-21-2020

Bgm. Dr. Rabl: Die Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion werde ich nun wie folgt beantworten:

1. Kürzlich wurde Magistratsdirektor Dr. Peter Franzmayr unbefristet wiederbestellt. Welche Überlegungen haben Sie dazu bewogen, anstelle einer Verlängerung um weitere 5 Jahre eine unbefristete Bestellung des Magistratsdirektors vorzuschlagen?

Antwort: Herr Dr. Franzmayr hat sich in der Funktion als Magistratsdirektor nicht nur im Rahmen der laufenden Verwaltung, sondern ebenso in Projektarbeiten sowie aktuell im Krisenmanagement bewährt. Darüber hinaus hat sich Dr. Franzmayr mit der erfolgreichen Umsetzung der Strukturreform Magistrat NEU Change Management bewiesen. Um eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Welser Stadtverantwortung bei gleichzeitiger gesicherter Stabilität in der Führung gewährleisten zu können war es wichtig Herrn Dr. Franzmayr dauerhaft, unbefristet für die Stadt Wels binden zu können.

2. Mit welchem Abstimmungsergebnis wurde diese unbefristete Bestellung im Stadtsenat beschlossen?

Antwort: Der Stadtsenat hat die unbefristete Wiederbestellung des Magistratsdirektors beschlossen. Die Sitzungen des Stadtsenates sind nicht öffentlich und der Sitzungsverlauf unterliegt der gesetzlichen Verschwiegenheitsverpflichtung. Einzelheiten über das Abstimmungsergebnis in der Sitzung können daher nicht bekannt gegeben werden.

3. Auf welcher rechtlichen Grundlage ist diese unbefristete Bestellung erfolgt?

Antwort: Die unbefristete Weiterbestellung erfolgte auf Basis des Welser Stadtstatutes in Verbindung mit dem Oö. Objektivierungsgesetz 1994.

Zusatzfrage von GR. Mag. Teubl: Sie hatten auch das Bestreben den Magistratsdirektor so auszuwählen, dass er ihren Vorstellungen entspricht. Mit dieser unbefristeten Bestellung präjudizieren sie allerdings auch die Einsetzung dieses Magistratsdirektors für etwaige andere ihnen folgende Bürgermeister. Halten sie das für richtig oder wäre es nicht richtig gewesen, durch eine befristete Bestellung diese Möglichkeit offen zu halten und erst nach der Wahl, wenn sie wiedergewählt werden, eine entsprechende Verlängerung vorzunehmen?

Antwort: Danke für diese Zusatzfrage. Ich halte es für richtig!

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR an Vizebürgermeisterin Silvia Huber betreffend Evaluierung Energiestadtkonzept Verf-015-W-22-2020

Vzbgm. Huber: Die Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion werde ich nun wie folgt beantworten:

1. Die Welser GRÜNEN haben am 30.06.2020 in einer Presseaussendung die ernüchternden Ergebnisse der Evaluierung des Projekts Energiestadt Wels veröffentlicht. Darauf wurde in einer Presseaussendung der Stadt Wels dahingehend reagiert, dass es dazu noch keinen offiziellen Bericht gäbe. Sie wurden darin wie folgt zitiert: „Es handelt sich um einen Rohbericht, wo noch einiges zu hinterfragen und zu ergänzen ist.“ Ist das inzwischen geschehen? Wenn nein, warum nicht?

Antwort: Dazu darf ich vorweg festhalten, dass die Evaluierung wegen der weitreichenden Thematik als Querschnittsmaterie dem Präsidialausschuss zugeordnet wurde und daher eigentlich ihre Anfrage an den Bürgermeister zu richten wäre. Ich werde mich daher kurz fassen und doch einiges beantworten.

Der Rohbericht wurde mit dem Verfasser, dem Magistratsdirektor Dr. Franzmayr und mir nochmals durchgegangen. Die Rahmenbedingungen für die Evaluierung wurden wie folgt definiert: Die im Amtsbericht vom 18.11.2013 konkret erwähnten Maßnahmen für den Zeitraum 2014 – 2020 werden evaluiert und erfolgte Maßnahmen von 2020 (das ist sehr wichtig) noch eingearbeitet.

2. Wann ist mit der Fertigstellung des Endberichtes zu rechnen?

Antwort: Die Evaluierung wird voraussichtlich bis Ende November 2020 fertiggestellt - laut der Auskunft des damit befassten Mitarbeiters.

Wann wird dieser der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Antwort: Zunächst wird er im zuständigen Ausschuss präsentiert und dort werden weitere Schritte besprochen. Bitte sich hier an den zuständigen Ausschuss zu wenden.

3. Wie wird nach Fertigstellung des Berichtes weiter damit verfahren? Ist geplant, einen aktualisierten Maßnahmenkatalog samt Zeitplan zu erstellen, wie es in jeder Projektplanung gang und gäbe ist?

Antwort: Ja, laut dem damit befassten Mitarbeiter werden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen.

Wenn ja, bis wann ist damit zu rechnen?

Antwort: bis Ende 2020.

4. Stehen Sie persönlich nach wie vor hinter den Zielsetzungen des Energiestadtkonzepts? Wenn ja, können sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt Aussagen dazu machen, ob und inwieweit Ihnen die Zielvorgaben des Energiestadtkonzepts noch erreichbar erscheinen.

Antwort: Es gab eine einstimmige politische Willensbildung zum Projekt und zu den im Amtsbericht vom 20.10.2013 geplanten Maßnahmen. Ich werde mich auch weiterhin bemühen im Rahmen der personellen und finanziellen Ressourcen die im Amtsbericht beschlossenen Maßnahmen voranzutreiben.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Beantwortung der Anfrage.

Anfrage der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion gemäß § 10 GOGR an Stadtrat Klaus Hoflehner betreffend Einbahnöffnung Roseggerstraße Verf-015-W-23-2020

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

1. Seit 2006 existiert ein gültiger Gemeinderatsbeschluss zur Öffnung der Einbahn in der Roseggerstraße für den Gegenverkehr. Die GRÜNEN haben immer wieder urgiert, diesen Beschluss endlich umzusetzen. Im Juni war es schließlich soweit: Die Planungen waren abgeschlossen, die Realisierung für den September 2020 angekündigt. In der Juni-Ausgabe des Amtsblattes wurde das Projekt von Ihnen und vom Herrn Bürgermeister enthusiastisch begrüßt. Sie wurden dort wie folgt zitiert: „Mit der Einbahnöffnung in der Roseggerstraße realisieren wir eines meiner zentralen Anliegen als Verkehrsreferent.“ Medienberichten zufolge wird diese Öffnung nun doch wieder nicht erfolgen. Was ist der sachliche Grund dafür?
2. Die medial kommunizierte Begründung für die Rücknahme der Entscheidung ist der Protest einiger Anrainer. Das würde bedeuten, dass der Protest einer kleinen Gruppe von Betroffenen genügt, um Beschlüsse um Planungen über den Haufen zu werfen. Ist dies zutreffend?

3. Wer hat den Stopp der Umsetzung verfügt? Wer war darüber hinaus an dieser Entscheidung beteiligt? Wer trägt die politische Verantwortung dafür?
4. Wurden Gemeinderatsgremien vor dieser Entscheidung damit befasst?  
Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
5. Wie wird nun mit dem Projekt weiter verfahren? Gibt es dafür einen Zeitplan?

StR. Klaus Hoflehner wird diese Anfrage in der nächsten Sitzung des Gemeinderates mündlich beantworten.

### Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend Bebauungsplan Nr. 302/2.12 (Stadtteil: Vogelweide)  
Verf-015-I-26-2020

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion und der NEOS betreffend Mietvertrag FreiRaumWels  
Verf-015-I-27-2020

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

Dem Antrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion und der NEOS wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Der Antrag diesen Dringlichkeitsantrag zu Beginn der Tagesordnung zu behandeln wird mit

15 Ja-Stimmen (SPÖ-, GRÜNE-Fraktion + NEOS)  
gegen 16 Nein-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Schutzimpfungen gegen die saisonale Grippe (Influenza)  
Verf-015-I-28-2020

Bgm. Dr. Rabl verliest den als Anlage 3 beiliegenden Dringlichkeitsantrag. Zu diesem Antrag liegt ein Abänderungsantrag der FPÖ- und ÖVP-Fraktion vor. Dieser lautet:

„Die Gesundheitsreferentin der Stadt Wels wird aufgefordert in Erfahrung zu bringen, in welchem Umfang, zu welchem Preis und mit welchen Lieferzeiten Impfdosen gegen die saisonale Grippe 2020/21 (Influenza) zur Verfügung stehen, um der Welser Bevölkerung eine Schutzimpfung gegen die saisonale Grippe 2020/21 kostenlos anbieten zu können.“

Dem Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Rabl: Sämtliche Dringlichkeitsanträge werden in dieser Reihenfolge nach Abarbeitung der Tagesordnung behandelt.

Berichterstatter Gemeinderat Mag. Walter Teubl

1.)

**vordringlicher** Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Schaffung von öffentlichen Grillplätzen  
Verf-015-I-25-2020

GR. Mag. Teubl: Im vorliegenden Antrag der GRÜNE-Fraktion geht es um die Errichtung öffentlicher Grillplätze. Ich habe schon Stimmen gehört, die meinen jetzt haben wir das Problem der Corona-Pandemie und der Winter steht vor der Tür. Ist das wirklich der richtige Zeitpunkt, um solche Projekte zu diskutieren? Wir glauben ja! Es ist genau der richtige Zeitpunkt, denn gerade während der Corona-Pandemie haben wir doch gesehen wie wichtig es ist ins Freie gehen zu können und sich zu erholen. Im Sommer gehört für viele Menschen dazu auch die Möglichkeit den Griller anzuwerfen.

Es gibt unzählige Welser, die keinen eigenen Garten zur Verfügung haben, aber trotzdem im Sommer grillen möchten. Das Ergebnis ist – wie wir gesehen haben – z.B. wildes Grillen an der Traun mit allen damit verbundenen Begleiterscheinungen, wie Verschmutzung der Natur aber natürlich auch die Gefahr eines Waldbrandes. In Wels gibt es seit 2014 keine geordnete Möglichkeit mehr im öffentlichen Raum zu grillen. Bis dorthin hatten wir öffentliche Grillplätze in der Freizeitanlage Wimpassing, die aber nach Beschwerden der Anrainer schließlich geschlossen wurden.

Frau Stadträtin Raggl-Mühlberger kündigte damals an, es werde im Jahr 2015 bereits wieder geeignete Plätze zum Grillen geben. Geschehen ist bis heute nichts! Nun haben wir im heurigen Sommer erlebt, dass dieses Bedürfnis besteht. Es haben heuer Bürger unserer Stadt eine Petition eingebracht für die Schaffung öffentlicher Grillplätze und in diesem Zusammenhang hunderte Unterschriften gesammelt. Das sollte für uns ein Auftrag sein dieses Problem jetzt wirklich anzugehen. Deshalb ist gerade jetzt der richtige

Zeitpunkt für solch einen Antrag, denn wenn wir jetzt diesen Beschluss fassen, dann ist über dem Winter ausreichend Zeit einen geeigneten Standort für solche öffentliche Grillplätze zu suchen und diese dann im kommenden Frühjahr der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen.

Bei der Auswahl eines geeigneten Ortes ist natürlich einerseits der Umweltaspekt zu berücksichtigen und andererseits darauf zu achten die Nachbarschaft nicht zu beeinträchtigen. Uns GRÜNEN ist bei einem kleinen Brainstorming eine ganze Reihe von Plätzen eingefallen, die uns für geeignet erscheinen würden. Das heißt, es dürfte nicht so schwer sein hier einen Platz zu finden, der all diese Anforderungen erfüllt. Über den Winter sollte ausreichend Zeit sein eine professionelle Prüfung von möglichen Plätzen vorzunehmen, um rechtzeitig vor der nächsten Grillsaison ein entsprechendes Angebot für unsere Bevölkerung zu realisieren. Wollen wir diesen Zeitplan einhalten, sollten allerdings keine weiteren Verzögerungen eintreten. Daher ersuche ich sie ausnahmsweise einmal einen Antrag von uns nicht in den Ausschuss zu verweisen, sondern diesen hier und jetzt zu beschließen, damit entsprechende Maßnahmen ehe baldigst eingeleitet werden können. Ich ersuche sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

GR. Schiefermayr: Eine vermeintlich schlechte Idee, die nicht vergleichbar ist mit einem Gulasch, denn dieses wird auch nicht besser, wenn es ständig aufgewärmt wird. Um das Ganze zu untermauern habe ich einen Leserbrief mitgenommen, der seinerzeit zum Grillplatzverbot in Wels verfasst wurde: „Diverse GRÜNE unterstützen eine Petition, die sich mit den öffentlichen Grillplätzen in Wels befasst. Einen idealen Standort sieht man in der Freizeitanlage in Wimpassing. Die GRÜNEN ignorieren bei ihrer Forderung die unzähligen Vorkommnisse, die dutzenden Anrainer die Lebensqualität genommen und mit anhaltenden Protesten schließlich in einem Verbot geendet haben. Vor allem an den Wochenenden haben hunderte, zu 90 % nicht aus Wels stammende Menschen die Freizeitanlage besucht und unerträglichen Lärm und Geruchsbelästigung hinterlassen. Übriggeblieben sind Lebensmittel, Fleisch, Getränkeflaschen, sogar ganze Tiergerippe bis zu Exkremete wurden zurückgelassen. Dadurch angelockte Fleischfliegen, Ratten und Ungeziefer kamen bis in die umliegenden Häuser und Wohnungen. Manche Gäste grölten die halbe Nacht. Es wurden Polizei und Stadtwache regelmäßig zu Hilfe gerufen. Ihre Ermahnungen konnten dem Treiben jedoch kein Ende setzen.“

Die Freizeitanlage ist aufgrund ihrer Größe als Grillplatz absolut ungeeignet, weil sie von Hunderten von Menschen bevölkert wird. Vor allem die unabsehbaren Folgen und in Corona-Zeiten sollte darauf geachtet werden, dass solche verheerenden Hygienezustände sich nicht wiederholen.“

Sehr geehrte Damen und Herren, das ist keine Einzelmeinung! Auch wir machten eine Umfrage und gaben eine Unterschriftenliste durch. 95 % der Anrainer der Freizeitanlage haben sich absolut gegen das Grillen in der Freizeitanlage ausgesprochen. Auch eine Bürgerinitiative wurde gegründet. Ob es alternative Standorte gibt, wo ein Massengrillen von Großfamilien aus aller Herren Länder ermöglicht werden kann, kann ebenfalls schwer eingeschätzt werden.

StR. Lehner: Einen Grillplatz kann man sich durchaus in einer Stadt wie Wels vorstellen. Man kann es mögen oder nicht mögen. Wir beschäftigten uns im Stadtentwicklungsausschuss schon mehrmals mit dem Thema und überlegten wo in der

Stadt ein derartiger Grillplatz möglich wäre. Das Ergebnis war immer, keinen idealen Platz gefunden zu haben, der für die Anrainer und für den Umweltbereich passend ist. Es ist bekannt, Walter, dass durch einen Grillplatz durchaus Feinstaubbelastung und ähnliches gegeben ist. Dazu gibt es sogar Initiativen der GRÜNEN gegen das Grillen, aber das ist eher ein internationales Thema. In Österreich sehen das die GRÜNEN durchaus anders.

Als Fraktion war es uns wichtig das objektiv anzusehen. Ich habe schon bei der Initiative der GRÜNEN im Sommer gesagt, wenn uns die GRÜNEN nicht nur die Idee eines Grillplatzes nennen, sondern sie mögen uns auch die Ergebnisse ihres Brainstormings zur Verfügung stellen und uns sagen wo es möglich ist, wo es keine Anrainerproteste, wo es das Einverständnis vom Grundeigentümer oder zumindest eine Verhandlungsbereitschaft für einen Grillplatz gibt, damit konkret über einen Grillplatz gesprochen werden kann, dann können wir hier einen Schritt weiter kommen. Denn wenn wir dieses Thema ständig im Gemeinderat oder in der Presse immer wieder zum Aufflackern bringen ohne konkreten Lösungsvorschlag, macht das überhaupt keinen Sinn.

Ich darf dich noch einmal bitten, uns konkrete Ideen zu nennen, sprich mit Grundstückseigentümern und Nachbarn, damit diesem Vorschlag näher getreten werden kann. Jetzt ist es ein politisches Kleingeld, welches jedes Jahr mehrmals gewechselt wird und niemandem etwas bringt.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

GR. KR. Schönberger: Die SPÖ-Fraktion kann sich diesem Vorschlag durchaus anschließen, den Welsern unter dem Titel „Wels ermöglicht“ vielleicht auch das Grillen zu ermöglichen. Natürlich muss das eine gewisse Kontrolle erfahren, denn genau das führte in der Freizeitanlage zu unkontrollierten Auswüchsen. Hat es unter dem Vizebürgermeister Hochhauser noch sehr gut funktioniert, weil es über die Magistratsabteilung abgewickelt wurde, so ist es damals unter Vizebürgermeister Dr. Wieser völlig entglitten und wurde in weiterer Folge so weiterverwaltet.

Wehret den Anfängen, denn wenn man dort mit derselben Kontrolle und Überwachung weitergemacht hätte, hätte es diese Auswüchse wahrscheinlich nie gegeben. Die von Ronny erwähnten „hunderte auswärtige Familien“, die den Grillplatz bevölkern, habe ich nie gesehen. Gut, es waren sicher einige Autos mit nicht Welser Kennzeichen dort zu finden und zu sehen.

Nichtsdestotrotz sollte überprüft werden, welche Flächen in Wels zur Verfügung stehen und es soll nicht ausgeschlossen werden einen privaten Betreiber für die Kontrolle und Überwachung zu finden. Ohne Überwachung geht es schlicht und ergreifend nicht wegen der Brandgefahr und weil wir dort immer mit Unrat zu kämpfen haben. Der Erste lässt etwas liegen, der Zweite wirft etwas dazu und dem Dritten ist es völlig egal. Am Ende des Tages bleibt die öffentliche Hand über, die das regulieren muss. Das kann es auch nicht sein. Daher sollte überprüft werden, ob bei freien Flächen dafür private Betreiber oder Vereine gefunden werden können, die dann natürlich dementsprechend unterstützt werden müssen.

Nachdem diese Dinge diskutiert und konkretisiert werden müssen, stelle ich Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. KR. Schönberger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 4) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

gegen 9 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion + NEOS)  
22 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Mag. Teubl: Lieber Kollege Schiefermayr! Den Antrag genau zu lesen wäre schon schön. Darin heißt es: „Die Stadt Wels errichtet für ihre Bürgerinnen und Bürger an geeigneten Orten öffentliche Grillplätze.“ Wir haben nicht beantragt, dass in der Freizeitanlage Wimpassing ein solcher errichtet werden soll. Würde man dort den richtigen Teil der Freizeitanlage auswählen, wäre das ohne Belästigung der Anrainer möglich. Es ist nicht ein bestimmter Standort genannt und das mit Absicht. Bei vielen anderen unserer Anträge wurde von StR. Lehner und dem Herrn Bürgermeister gesagt, dieser Standort passt nicht und daher geht es nicht.

Einmal wird angeführt wir müssen möglichst genau sagen wo etwas stattfinden soll und das nächste Mal ist der Vorschlag eines bestimmten Standortes der Grund für die Ablehnung. So geht es bitte nicht! Und es geht auch nicht, dass wir als Politiker einen Standort auswählen. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir haben in der Abteilung Stadtentwicklung eine Reihe von Beamten, die viel kompetenter eine Prüfung von möglichen Standorten vornehmen können. Es geht darum, dass dieser Auftrag erteilt werden soll einen solchen Standort zu suchen. Das ist das, was wir jetzt wollen! Das wieder auf die lange Bank zu schieben halte ich für äußerst bedenklich, weil es dann auch im kommenden Sommer nichts werden wird. Dann werden wir wieder das wilde Grillen an der Traun haben. Vielleicht brennt die Traunau einmal ab, dann können wir zufrieden sein, weil wir darüber schimpfen können, dass die Horden von Ausländer, die nach Wels zum Grillen kommen, unsere schöne Traunau abgefackelt haben.

Ich weiß nicht, was sie wirklich wollen. Eine geordnete Grillsituation wäre meines Erachtens im Sinne der Stadt Wels und der gesamten Bevölkerung. Wenn ich einen konkreten Standortvorschlag machen darf, Peter, dann wäre das z.B. der Parkplatz bei der Kunsteisbahn. Da könntest du das direkt von deinem Haus aus beobachten.

GR. Hufnagl: Es geht hier darum einen politischen Willen zu formulieren. Wir sind nicht da um irgendwelche Vorschläge zu machen, sondern es geht darum den Willen auszudrücken in Wels einen Grillplatz zu errichten. Wie ich heraushöre wäre die ÖVP-Fraktion bereit dazu, wenn es einen geeigneten Platz gibt. Die SPÖ-Fraktion wäre vielleicht mit einem privaten Betreiber bereit – diese Idee finde ich super! Auch wir NEOS sind absolut dafür und ich frage mich wie der politische Wille dafür bei der FPÖ-Fraktion ist? Ich höre immer nur Ausreden. Wollt ihr einen Grillplatz für die Öffentlichkeit oder wollt ihr keinen? Ihr müsst das eigentlich nur einmal klar sagen. Einfach nur immer irgendwelche Ausreden, dort und dort passt es nicht, wir haben schon so oft darüber

diskutiert und jetzt möchte ich nicht noch einmal darüber diskutieren, sind mir persönlich zu wenig.

Es ist legitim der Stadt und den Verantwortlichen den Auftrag zur Suche nach einem Grillplatz zu erteilen. Wenn die Stadt einen solchen Platz gefunden hat, würde ich die FPÖ-Fraktion einladen dem zuzustimmen oder jetzt gleich offen zu sagen es sowieso nicht zu wollen. Dann wissen es die Menschen wenigstens auch.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Das Thema Grillplatz beschäftigt uns ja nicht nur in Wels. Laut den Zeitungsmeldungen gab es im Sommer immer wieder Probleme auf den Grillplätzen. Salzburg hat nach einem Jahr den Grillplatz wieder geschlossen, weil es einfach in dieser Art und Weise nicht ging. Es reicht nicht nur einfach ein Grundstück zu suchen und zu sagen öffentliches Grillen sei erlaubt, sondern dahinter muss ein ganzes Konzept stehen.

Nachdem die GRÜNEN sich immer wieder damit brüsten alles wahrheitsgemäß darzulegen möchte ich sie darum bitten, wenn sie mich zitieren, zitieren sie nicht nur einen Satz irgendwo heraus. Ich sagte damals schon, ich alleine kann keinen öffentlichen Grillplatz machen, weil ich dafür nicht zuständig bin. Damals war die Dst. Liegenschaftsverwaltung zuständig. Der damalige Bürgermeister Dr. Koits hat sich eingesetzt und ist nach Wien gefahren. Alleine an mir ist es nicht gelegen. Einfach zu sagen hier darf gegrillt werden ist nicht das richtige Konzept, da braucht es einfach mehr.

Der Initiativantrag (Anlage 4) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird mit

	<u>2 Ja-Stimmen</u> (GRÜNE-Fraktion + NEOS)
gegen	<u>21 Nein-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
bei	<u>8 Stimmenthaltungen</u> (SPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

2.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat  
FD-Buch-14-2020/013

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Stadtsenat am 15.09.2020 und im Finanz- und Präsidualausschuss am 06.10.2020:

Die in der Anlage 1 und 2 dargestellten Kreditübertragungen und in den Anlagen 3 und 4 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion + NEOS)

angenommen.

3.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels  
FD-Buch-14-2020/014

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 06.10.2020:

Die beantragten Kreditüberschreitungen (Anlage 1) werden genehmigt.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion + NEOS)

angenommen.

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der ein  
Zuschlag zur Freizeitwohnungspauschale ausgeschrieben wird  
(Freizeitwohnungspauschale-Zuschlagsverordnung der Stadt Wels 2020)  
FD-StV-5-2020

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 06.10.2020, der Gemeinderat möge beiliegende Freizeitwohnungspauschale-Zuschlagsverordnung 2020 beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

5.)

Hauskrankenpflege sowie Mobile Betreuung und Hilfe  
Leistungsvereinbarungen 2021  
SHoR-418-03-76-2020

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Sozial- und Wohnungsausschuss am 06.10.2020:

Der Gemeinderat möge auf Basis der beigelegten Leistungsvereinbarungen bzw. Budgetanträge der Organisationen 2021 betreffend Hauskrankenpflege, Fachsozialbetreuung „Altenarbeit“ sowie Heimhilfe zwischen dem internen Anbieter „Seniorenbetreuung Mobil“ und den externen Trägern „Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen“, „OÖ. Hilfswerk GmbH“, „Rotes Kreuz“ sowie „Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels“ und der Stadt Wels mit einem Gesamtvolumen von € 2,853.316,78 beschließen:

1. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Hauskrankenpflege (HKP):  
Magistrat Wels – Seniorenbetreuung Mobil (Beilage 1)
2. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Fachsozialbetreuung Altenarbeit (FSB“A“): Magistrat Wels – Seniorenbetreuung Mobil (Beilage 2)
3. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels – Seniorenbetreuung Mobil (Beilage 3)
4. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Hauskrankenpflege (HKP):  
Magistrat Wels – Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (Beilage 4)
5. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Fachsozialbetreuung Altenarbeit (FSB“A“): Magistrat Wels – Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (Beilage 5)
6. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels – Evangelisches Diakoniewerk Gallneukirchen (Beilage 6)
7. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Hauskrankenpflege (HKP):  
Magistrat Wels – OÖ. Hilfswerk GmbH (Beilage 7)
8. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Fachsozialbetreuung Altenarbeit (FSB“A“): Magistrat Wels – OÖ. Hilfswerk GmbH (Beilage 8)
9. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels – OÖ. Hilfswerk GmbH (Beilage 9)
10. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Hauskrankenpflege (HKP):  
Magistrat Wels – Rotes Kreuz (Beilage 10)
11. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Fachsozialbetreuung Altenarbeit (FSB“A“): Magistrat Wels – Rotes Kreuz (Beilage 11)
12. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels – Rotes Kreuz (Beilage 12)
13. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Hauskrankenpflege (HKP):  
Magistrat Wels – Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels (Beilage 13)
14. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Fachsozialbetreuung Altenarbeit (FSB“A“): Magistrat Wels – Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels (Beilage 14)
15. Leistungsvereinbarung (Budgetantrag) – Jahr 2021 Heimhilfe (HH): Magistrat Wels – Volkshilfe GSD Stützpunkt Wels (Beilage 15)

Vzbgm. Huber: Zunächst ein Danke an Vzbgm. Raggl-Mühlberger und an die Dienststellenleiterin Mag. Claudia Jandl für die Übermittlung der Aufstellung der verbrauchten Leistungsstunden. Die SPÖ-Fraktion hat sich im Ausschuss der Stimme noch enthalten, weil einige Punkte unklar erschienen. Aber das wurde mir jetzt sehr übersichtlich vorgelegt.

Wenn man sich in Folge die verbrauchten und abgerechneten Stunden ansieht, ergibt sich ein anderes Bild. Du hast die Zahlen zwar schon genannt, aber ich möchte noch einmal erwähnen, dass 2018 insgesamt von der Hauskrankenpflege, der Fachsozialbetreuung Altenarbeit und der Heimhilfe 73.958 Stunden verbraucht wurden, 2019 71.409 Stunden. Für 2020 wissen wir die Zahlen nicht, diese werden aber sehr gering sein, weil alle Träger durch Corona den Auftrag hatten möglichst wenig bzw. nur den nötigsten Kontakt mit den Klienten zu haben. Für 2021 sind es 72.520 Stunden. Das ist eine Steigerung von knapp 1.000 Leistungsstunden zu 2019.

Mich macht diese Entwicklung dennoch etwas stutzig. Laut Aussage der Abteilung sinkt der Verbrauch der abgerechneten Stunden seit Jahren. Allerdings steigt die Zahl der älteren Bevölkerung, sie werden pflegebedürftiger und noch dazu erhält man erst ab Pflegestufe 4 in den Alten- und Pflegeheimen einen Platz. Deshalb kann ich die Entwicklung nicht so ganz nachvollziehen und ersuche dich, liebe Christa, zu erheben, warum die Stunden für die Mobile Betreuung sinken angesichts der genannten Tatsachen. In diesem Zusammenhang darf ich dich ersuchen eine Evaluierung der Sprengelaufteilung vorzunehmen. Gerade die Mobile Seniorenbetreuung in unserem Haus klagt immer, dass sie „zu wenig Arbeit“ hat, aber andere Träger haben doch Personen auf den Wartlisten. Vielleicht sollte man sich das nochmals anschauen. In diesem Sinne mein Dank für die Übermittlung dieser übersichtlichen Aufstellung.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Danke für die Zustimmung! Ich habe mich natürlich auch gefragt warum die Stunden zurückgingen und bei den Trägern noch einmal nach den Gründen nachfragen lassen. Ein Grund war, viele sagten die 24-Stunden-Pflege ist in Wels sehr gut aufgestellt, ausgebaut und viele Personen nehmen eine solche Pflege in Anspruch, weil sie nur einen Ansprechpartner haben und nicht drei.

Außerdem werden ältere Menschen immer fitter und nehmen den Dienst erst ab der 2. oder 3. Pflegestufe in Anspruch nehmen. Somit ist die Verweildauer in der Mobilen Betreuung kürzer, weil von der Pflegestufe 3 doch relativ schnell auf die Pflegestufe 4 erhöht wird und die Pflegebedürftigen somit in ein Altenheim kommen. Das sind die Hauptaussagen der einzelnen Anbieter.

Der Antrag zu Punkt 5. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß: Danke für die Berichterstattung. Zum nächsten Tagesordnungspunkt gibt es einen Abänderungsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion, der lautet:

## 1. Beschlussantrag:

Es wird beantragt, der Gemeinderat möge beschließen:

Art. 1 Z. 2 der 2. Novelle zur Tarifordnung für die Kindergärten, Horte und Krabbelstuben der Stadt Wels 2018, BK-KI-240-2019, wird dahingehend abgeändert, dass § 3 Abs.5 lit.a einschließlich des Einleitungssatzes lautet wie folgt:

„(5) Ein Elternbeitrag ist nicht zu entrichten für

- a) die Dauer einer behördlichen Sperre oder eines sonstigen Betriebsausfalls, wenn die Dauer in beiden Fällen mindestens eine Woche beträgt. Der Stadtsenat kann darüber hinaus den Elternbeitrag erlassen, wenn die Kinderbetreuungseinrichtung auf Grund von behördlichen Empfehlungen, mindestens eine Woche nicht besucht wird.“

## 2. Begründung

Die im vorgelegten Amtsbericht enthaltene Textfassung von § 3 Abs.5 lit.a der Tarifordnung hat Anlass zu Unklarheiten gegeben, ob Eltern, welche ihr Kind auf Grund einer behördlichen Empfehlung vorübergehend nicht in der Betreuungseinrichtung betreuen lassen, den Elternbeitrag zu entrichten haben, wenn eine Betreuung in der Betreuungseinrichtung grundsätzlich möglich wäre.

Durch die gegenständlich vorgeschlagene Formulierung soll klargestellt werden, dass bei einer behördlichen Empfehlung und einer Abwesenheit von mindestens einer Woche der Stadtsenat darüber entscheiden kann.

Bitte diesen Abänderungsantrag in die Diskussion mitaufzunehmen.

Berichterstatterin Stadträtin Margarete Josseck-Herd

6.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Tarifordnung für die Kindergärten, Horte und Krabbelstuben der Stadt Wels 2018 abgeändert wird (2. Novelle zur Tarifordnung für die Kindergärten, Horte und Krabbelstuben der Stadt Wels 2018)  
KI-110-04-2-2020

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Generationenausschuss am 06.10.2020, der Gemeinderat möge die beigefügte 2. Novelle (Beilage .1) zur Tarifordnung für die Kindergärten, Horte und Krabbelstuben der Stadt Wels 2018 beschließen.

StR. Reindl-Schwaighofer: Es geht bei der Ferienbetreuung darum die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärker zu fördern, weil jetzt auch noch die Herbstferien eingeführt wurden. Die Diskussion darüber war relativ leicht zu führen, weil wir im Wesentlichen sehr ähnliche Vorgangsweisen – auch bezüglich der Eltern – haben. Es ging vor allem darum, wie wir das organisatorisch vor allem im Bereich der Abrechnung abwickeln. Wir wollen es im Bereich der Tarifordnung unterbringen, weil es bereits ein Grundgerüst gab. In den Sommerferien war Journaldienst und diese Bezeichnung ist nicht unbedingt ein Signal für die Eltern hier ihre Kinder anmelden zu können. Uns war ein passendes Angebot wichtig. Es gab in den Einrichtungen (Horten) Diskussionen was das für sie bedeutet. Ich glaube, das wurde aber sehr gut geklärt.

Wir möchten zusätzlich zu den Ferien - in denen die Eltern Probleme mit der Kinderbetreuung haben, da die fünf Wochen Urlaub schon verbraucht wurden – ein Angebot legen. Das kann ein sehr wirkungsvolles Instrument sein und wir vereinbarten in einer Schule zu beginnen. Dort soll das Angebot abgewickelt werden. Wird der Bedarf größer schauen wir, welche weitere Schule über die nötige Infrastruktur verfügt. Das heißt, wir greifen auf die stadteneigene Infrastruktur zurück.

Danke für die Zusammenarbeit! Es wird eine gute Initiative sein, um die Eltern im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen.

GR. Mag. Schindler: Wie wir wissen ist die aktuelle Corona-Situation für alle eine große Herausforderung; speziell war sie es seit Anbeginn im Frühling für viele Eltern betreuungspflichtiger Kinder. Die SPÖ-Fraktion hat sich seit Anbeginn in direkten Kontakt mit ihnen, Frau Stadträtin Josseck-Herd, als auch öffentlich für die Beitragsfreiheit während der Schließungszeiten ausgesprochen, egal ob behördlich angeordnet oder als Empfehlung.

Im letzten Gemeinderat regten wir die Beitragsfreiheit an und es hat sich diese mit den Bemühungen ihrer Abteilung überschritten. Vielen Dank für das Aufgreifen unserer Vorschläge und für den Abänderungsantrag, für die gute Zusammenarbeit und Koordination. Wir unterstützen das selbstverständlich. Die eingeführte Ferienbetreuung bringt Planungssicherheit und ist sehr begrüßenswert. Deswegen auch die Unterstützung der SPÖ-Fraktion für diesen Antrag.

GR. Hacker: Die Textfassung von § 3 Abs.5 der Tarifordnung des im Ausschuss vorgelegten Amtsberichts sorgte dort schon für Verwirrung. Es geht darum, ob Eltern, die ihr Kind aufgrund einer behördlichen Empfehlung vorübergehend nicht in der Betreuungseinrichtung betreuen lassen den Elternbetreuungsbeitrag zu entrichten haben, wenn eine Betreuung grundsätzlich möglich wäre.

Wann beginnt eine Empfehlung und wann endet eine Empfehlung? Durch die vorgeschlagenen Formulierungen zum fehlenden zeitlichen Rahmen einer behördlichen Empfehlung soll nun klargestellt werden, dass bei einer Abwesenheit eines Kindes von mehr als einer Woche aufgrund behördlich ausgesprochener Empfehlung der Stadtsenat darüber entscheiden kann. Mit dieser Möglichkeit einer Entscheidung durch ein Gremium – in diesem Fall der Stadtsenat – können diese Unklarheiten nunmehr beseitigt werden. Wichtig ist im Hinblick auf die Herbst- und Wintermonate in Verbindung mit Covid-19 die Novellierung der Tarifordnung heute zu beschließen, um den Eltern eine klare Vorgehensweise bzw. Planungssicherheit zu geben.

StR. Josseck-Herdt: Ich danke für die signalisierte Zustimmung!

Der Abänderungsantrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Der Antrag zu Punkt 6. der Tagesordnung wird mit

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin Vizebürgermeisterin Silvia Huber

7.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Einrichtung eines Kautionsfonds  
Verf-015-I-24-2020

Vzbgm. Huber: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es um einen Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Einrichtung eines Kautionsfonds. Die Stadt Wels soll einen Kautionsfond in Form von rückzahlbaren zinsfreien Starthilfen für Kautionen und Baukostenzuschüssen für bedürftige Welser einrichten.

Bereits in der Dezembersitzung 2016 hat die SPÖ-Fraktion einen Vorstoß in diese Richtung unternommen. Federführend dafür war unsere jetzige Nationalratsabgeordnete Petra Wimmer. Damals führte die Sozialreferentin Christa Raggl-Mühlberger aus, dass die Stadt Wels keine Bankgeschäfte abwickeln darf. Auch im nachfolgenden Sozialausschuss wurde das Thema diskutiert und von einem entsprechenden Unterstützungssystem seitens des Landes war die Rede. Allerdings gibt es bisher diesen noch nicht.

Die Stadt Linz ist auch keine Bank – hat sich allerdings mit Amtsvorlage vom 10. Dezember 2019 entschieden einen derartigen Kautionsfond einzurichten. Es handelt sich um ein zinsloses Darlehen, welches in kleinen und daher leistbaren Monatsraten rückerstattet werden muss. Die Höhe des Kautionsbeitrages ist mit der Hälfte der vereinbarten Bruttokautions bemessen, beträgt jedoch max. 1.500 Euro für Familien und 1.000 Euro für Einzelpersonen. Es handelt sich um eine freiwillige Leistung, es besteht kein Rechtsanspruch. Dieser Kautionsfond wurde seitens der Stadt Linz vorübergehend eingerichtet bis es beim Landtag eine entsprechende Entscheidung gibt.

Die Thematik ist gleich geblieben. Oft scheitert die Wohnungssuche trotz dringendem Wohnungsbedarf an der verlangten Kautions in Höhe von drei Monatsmieten. Die Situation hat sich meines Erachtens verschärft. Viele Menschen sind in Kurzarbeit und in der Arbeitslosigkeit.

Mit dem heutigen Antrag möchten wir einen neuerlichen Anlauf nehmen einen derartigen Fond nach dem Vorbild der Stadt Linz einzurichten.

Vzbgm. Raggl-Mühlberger: Der Antrag der SPÖ-Fraktion ist per sé nichts Neues und es ändert sich auch die rechtliche Grundlage nicht. Linz hat wie Knittelfeld einen Kautionsfond ins Leben gerufen, dotiert mit 50.000 Euro für ein Jahr. Bis Ende Juli sind dort 17 Anträge eingelangt. Der Kautionsfond der Stadt Knittelfeld wurde von der Aufsichtsbehörde beanstandet, da eine Kreditvergabe laut Gemeindeverordnung nicht zulässig ist. Das heißt, auch die Stadt Wels kann es nicht machen. Selbst wenn es jetzt Linz ein Jahr darf, so freue ich mich für Linz. Nur auch hier wird die Aufsichtsbehörde sagen, die Stadt Linz darf das nicht machen.

Das Land Oberösterreich arbeitet schon seit Jahren an einem Fond in dieser Richtung – schon bevor ich dieses Ressort übernommen habe. Ich bin laufend mit Linz in Kontakt. Es ist jetzt geplant für nächstes Jahr ein Pilotprojekt im Salzkammergut über den Verein Mosaik zu starten. Dieser Verein bietet jetzt schon Kautions-Mikrokredite an. Im Innviertel geschieht das mit Hilfe der Caritas.

Das Land Oberösterreich möchte diese zwei Pilotprojekte ein Jahr testen und dann auf ganz Oberösterreich ausrollen. Daher stelle ich Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Vzbgm. Raggl-Mühlberger auf Zuweisung des Initiativantrages (Anlage 10) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

8.)

Kulturleitbild und Kulturentwicklungsplan der Stadt Wels  
BK-VAS-139-2018  
miterledigt: DI-Org-P-1-2018

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 06.10.2020:

Der Gemeinderat möge beiliegendes Kulturleitbild und den Kulturentwicklungsplan 2020 beschließen. Es wird ausdrücklich festgehalten, dass das Kulturleitbild und der Kulturentwicklungsplan 2020 in der Regel ohne zusätzliche budgetäre Mittel umzusetzen sind. Vielmehr muss dies durch eine Untersuchung des vorhandenen Budgets erfolgen.

GR. Hufnagl: Bevor ich auf das eigentliche Kulturleitbild eingehe möchte ich etwas zum Amtsbericht sagen, weil er an einer Stelle unrichtig ist. Es wird auf Seite 3 behauptet, dass die Überarbeitung im letzten Herbst an alle Parteien versendet und keine Stellungnahmen eingelangt sind. Das ist nicht richtig. Ich habe dazu das E-Mail, mit dem die Stellungnahme der NEOS versendet wurde.

Nun aber zum Dokument selbst. Es liegen uns hier viereinhalb Seiten ohne Deckblatt und ohne Inhaltsverzeichnis vor. Viereinhalb Seiten Kulturleitbild, welches uns in Summe 19.000 Euro kostete. Du hast Recht Johnny, wenn sich das jemand von außen ansieht, für den ist das völlig unverständlich. Viereinhalb Seiten ist uns in Wels die Kultur wert und das finde ich sehr erbärmlich.

Das Ganze ist eine schwammige Aufzählung. Es geht nicht um konkrete Punkte oder konkrete Absichtserklärungen. Es sind nur Aufzählungen und „sieht sich an“, „bekennt sich“, „evaluiert“ usw. Irgendwelche Schwerpunkte, die man setzen will, irgendwelche Kennzahlen, an denen man einen Erfolg messen will, vermisste ich. Im Prinzip ist das eine Absichtserklärung. Weiter im Detail sind einige Änderungen zu dieser Erstfassung zum jetzt vorliegenden Amtsbericht. Wenn schon über das Gendern des Textes gestritten wird verstehe ich auch, warum folgende zwei ursprünglich vorhandene Sätze entfernt wurden: „Die Stadt Wels setzt auf Geschlechtergerechtigkeit und Gendersensibilität in allen Maßnahmen des Kulturentwicklungsplanes“. Dieser Satz ist genauso weg wie „Die Stadt Wels bekennt sich zu Gleichstellung der Geschlechter und zur Abschaffung geschlechterspezifischer Diskriminierung.“ Ich frage mich warum das in unserer heutigen Zeit so sein muss? Warum wird hier nicht ein Statement gesetzt und genauso explizit angeführt?

Positiv finde ich sich Gedanken über das mögliche Publikum gemacht zu haben und dass es besondere Angebote für Kinder und Jugendliche geben soll. Das ist mir aufgefallen, kommt an mehreren Stellen vor, aber das war es dann auch schon. Beim genaueren Durchlesen wird es sehr unspezifisch und es ist zu lesen, die Tarife für Kinder und Jugendliche werden evaluiert – nicht kostenlos oder halber Eintritt, sondern hier wird wieder nur evaluiert.

Zum Thema Infrastruktur waren im ersten Entwurf die Gebäude mit deren möglichen Nutzung aufgelistet. Wir sollten uns aber auch Gedanken über deren Eignung machen, weil wir wissen gewisse Gebäude - wie dieses schöne Stadthalle - sind aufgrund der Akustik nicht für gewisse Veranstaltungen geeignet. Im Amtsbericht steht jetzt nur: „Die Stadt erstellt einen Plan aus dem ersichtlich ist, welche Räume unter welchen Bedingungen kulturell genutzt werden können.“ Das war eigentlich die Überschrift „Maßnahmen“, die jetzt aufgrund der Kürzung zur Überschrift „Infrastruktur“ wurde.

Genauso geht es bei den Förderungen weiter. Hier wird explizit auf die Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ hingewiesen. Aber im nächsten Satz steht schon wieder es soll ein Ankaufsbudget für Werke der Kunst und Kultur geben. Aber über die Höhe dieses Budgets, die Finanzierung schweigt man sich völlig aus. Als nächstes ist angeführt, einen Förderbeirat zu wollen ohne zu sagen, wer diesen fachlich besetzen soll.

Ich könnte jetzt noch mehrere Beispiele herausziehen, wo mir das Dokument viel zu ungenau ist. Das vorliegende Papier ist eine Aufzählung von Absichtserklärungen ohne konkreten Hintergrund. Das kann höchstens ein Basispapier sein, welches noch

ausgebaut wird und noch konkrete Daten, vor allem konkrete Pläne und Ziele hinterlegt werden. Wir wollen vor allem wissen, für was will die Stadt Wels im Bereich der Kunst und Kultur stehen. Wo grenzen wir uns zu Linz und zu anderen Städten ab. Außerdem steht in diesem Dokument kein Bezug zur aktuellen Covid 19-Pandemie.

Wir beschließen das heuer und wissen welche große Auswirkung diese Pandemie auf die Kunst- und Kulturschaffenden eigentlich hat. Wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch die größte Herausforderung der letzten Jahre. Das bedeutet eine dramatische Einschränkung für Kulturschaffende und Kulturvermittler – diese Menschen bzw. Institutionen leiden wirtschaftlich enorm. Es wäre notwendig hier nicht nur schöne Worte und Aufzählungen zu haben, sondern einen konkreten Plan, der sie nicht alleine lässt und sie unterstützt werden. Somit soll das Überleben eines ganzen Bereiches sichergestellt werden. Mir fehlt hier komplett so eine Art „Kulturrettungsprogramm“, denn Kunst und Kultur gehört zum Leben genauso wie die Wirtschaft.

Ich habe mir überlegt, was ich mit diesem Antrag machen soll. Es ist schön, dass es ihn gibt, aber in Wirklichkeit ist mir das vorliegende Papier zu wenig. Ich kann nicht mitstimmen, weil es für die Stadt Wels einfach zu wenig ist. Daher werden wir NEOS uns der Stimme enthalten.

GR. DI. Haydinger: Wir halten heute das viereinhalb Seiten umfassende Kulturleitbild in Händen. Für alle Außenstehenden wird es den Anschein haben, was haben wir in den letzten vier Jahren gemacht? Es steckt trotz allem sehr viel Zeit, Energie und sehr viel Herzblut drinnen und ich möchte mich daher an dieser Stelle bei allen Beteiligten ganz herzlich bedanken. Insbesondere beim Herrn Bürgermeister für die Bereitstellung der finanziellen Mittel, bei den Welsern für die Teilnahme an den verschiedenen Workshops und den gelieferten Inputs. Bei der Kulturabteilung möchte ich mich nochmals bedanken. Ganz gezielt bei Herrn Stefan Haslinger, weil dieser meiner Meinung nach die meiste fachliche Kompetenz einbrachte.

Ich möchte auf die einzelnen Punkte des Leitbildes und des Kulturentwicklungsplanes nicht näher eingehen, jedoch auf einige Punkte vom Kollegen Hufnagl reflektieren. Sie haben angesprochen wir haben die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau herausgestrichen, so denke ich, das sollte im 21. Jahrhundert auch bei den NEOS eine Selbstverständlichkeit sein.

Betreffend die Covid-19-Pandemie hoffe ich, dass dieser Kulturentwicklungsplan die nächsten 15 bis 20 Jahre Bestand hat und wir uns nicht in den nächsten 15 Jahren noch mit Covid 19 beschäftigen werden. Der Kulturbeirat bzw. der Kulturentwicklungsplan sind letztendlich Instrumente für den Referenten, der daraus seine Ideen schöpfen bzw. seine Ideen einbringen sollte. Die Höhe der Fördermittel kann nicht im Kulturentwicklungsplan festgelegt werden.

Der Referent hat mit diesem Kulturentwicklungsplan ein Grundgerüst in Händen, mit dem er auch seine Ideen und Visionen einbringen kann. Bei seinem Statement waren teilweise philosophische Ansätze dabei und ich denke, er wird viele Ideen einbringen und einzelne Punkte umsetzen können. Ich hoffe als Mitglied des Kulturausschusses meinen Beitrag dazu leisten zu können.

GR. Scheinecker, BA: Dieser Kulturleitbildprozess hat uns alle durchaus eine lange Zeit beschäftigt. Bei Anbetracht dieser viereinhalb vorliegenden Seiten höre ich den Herrn Stadtrat natürlich etwas mit den Zähnen knirschen, weil der ursprüngliche Plan ein anderer war. Wie wir darüber sprachen Geld in die Hand zu nehmen, eine Workshop-Reihe zu starten, um ein Feeling dafür zu bekommen was die Kulturszene einbringen will, hatten wir eine andere Vorstellung. Auch ich war im Strategieprozess eingebunden und diskutierte stundenlang über diverse Sachen. Insofern finde ich es sehr charmant, wie so etwas wie Geschlechtergerechtigkeit explizit von euch in den Vordergrund gestellt wird. Ich kann mich an unzählige Diskussionen im Ausschuss erinnern, ob wir jetzt mit Männlein oder Weiblein anreden oder ob es nicht egal ist, weil die Frauen grundsätzlich mitgemeint sind.

Ich bin eine Frau und würde gerne angesprochen werden. Oder liegt es darin sich zu überlegen für wen dieses Papier geschrieben ist? Am meisten werden sich die Kulturschaffenden und Kulturvermittler dieses Papier ansehen und nüchtern feststellen, dass viereinhalb Seiten ganz schön wenig für diesen lang andauernden Prozess sind.

Ich versuche das Ganze positiv zu formulieren und positiv zu sehen. Wir werden diesem Kulturleitbild und Kulturentwicklungsplan zustimmen, weil es so etwas wie ein Schutzwall ist. Es ist traurig genug einen Schutzwall zu brauchen.

Es gab Diskussionen über die zukünftigen Förderungen. Aber mit dem jetzigen Budget (welches nicht mehr im Leitbild enthalten ist) wäre es sich mit der Zustimmung nicht mehr ausgegangen. Nun steht es im Amtsbericht. Es ist schön irgendwie einen Konsens zu erreichen. Das ist der Konsens, den ein roter Stadtrat mit einer schwarz-blauen Mehrheit im Gemeinderat zusammenbringt. Meiner Meinung nach ist das eine Absicherung des bisherigen Kulturgeschehens. Es ist nicht großartig progressiv. Es ist bei weitem nicht das, was wir uns gewünscht hätten und es wird vielen Kulturschaffenden in dieser Stadt ähnlich gehen - die Erwartungshaltung war eine andere.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Rabl.

GR. Mag. Teubl: Kollege Hufnagl hat schon sehr detailreich die Mängel dieses Kulturentwicklungsplanes ausgeführt. Es ist in der Tat „gelungen“ aus einem recht brauchbaren Entwurf ein sehr dürrtiges Papierl zu machen, indem eigentlich nicht mehr viel enthalten ist.

Der rechten Rathausmehrheit ist es gelungen aus einem Kulturentwicklungsplan eine Ansammlung von inhaltsleeren Phrasen zu produzieren, die nicht wirklich die Zukunft der Kultur in der Stadt Wels beeinflussen werden. Ich denke, dass hier eine Vergeudung von Ressourcen sondergleichen vorgenommen wurde. Es ist unheimlich viel Arbeit von verschiedenen Seiten in diesen Prozess investiert worden, es fanden unzählige Sitzungen statt und es kostete einen Haufen Geld. Übrig bleibt ein wirklich lächerliches Konvolut, welches absolut nicht geeignet ist die Ansprüche zu erfüllen, die am Beginn dieses Prozesses formuliert wurden.

Man kann nur hoffen, dass diese kulturfeindliche Rathausmehrheit in einem Jahr nicht mehr existiert und dann vielleicht ein richtiger Kulturentwicklungsplan erstellt werden kann, der in die Zukunft weist. Deshalb sind wir GRÜNEN nicht wirklich glücklich über dieses Ergebnis und werden uns der Stimme enthalten.

GR. Wiesinger: „Kultur kostet Geld - Unkultur kostet noch mehr Geld“ – ein Zitat von Altlandeshauptmann Dr. Pühringer. Ich habe nie geglaubt, dass ich das hier im Gemeinderat je sagen werde. Aber was ich hier heute erlebe ist Unkultur in Höchstform. GR. Hufnagl schließe ich davon aus, weil er nicht wirklich involviert war und politisch noch jung ist, aber die SPÖ- und die GRÜNEN-Fraktion waren aktiv bei der Erstellung des Kulturleitbildes dabei.

Im November 2015 einigten sich die Stadtsenatsfraktionen auf die Erstellung eines Kulturleitbildes. In dessen Erstellung kam schnell die Erkenntnis, dass ein Leitbild zu wenig ist. Mit den GRÜNEN wurde sich dann auf die Erstellung eines Kulturentwicklungsplanes geeinigt. Ich bin felsenfest davon überzeugt: einer wichtige, eine richtige Entscheidung!

Ja, wir haben zwei Jahre daran gearbeitet und es hat 18.000 Euro gekostet, weil es eine Meinungsforschung gab. Das heißt, es wurden repräsentativ ausgesuchte Welser zum Thema Kultur befragt. Das ist in das Kulturentwicklungsleitbild hineingeflossen und es gab zwei Workshops. Meinen aufrichtigen Dank an die Kulturschaffenden und an die daran beteiligten Welser.

Es wurde zwei Jahre daran gearbeitet und dann stellt sich der Kulturstadtrat hin und bezeichnet das als Kompromiss. Es ist kein Kompromiss! Vier unterschiedliche Parteien haben ein Kulturleitbild erstellt und deshalb wird nicht jeder seine eigene Meinung durchbringen. Hätte der Bürgermeister ein Leitbild erstellt, hätte ich das nie mitgetragen, weil er klarerweise andere Werte vertritt und andere Anschauungen hat. Genauso wenn der Kulturstadtrat eines erstellt. Somit ist es kein Kompromiss, sondern ein Optimum! Das Optimum von allen im Gemeinderat vertretenen Parteien.

Mein Dank gilt der Kulturabteilung sowie dem Herrn Magistratsdirektor. Er hat es mit seiner charmanten Art immer wieder geschafft uns auf das richtige Gleis zu setzen. Die Diskussionen in der Steuerungsgruppe waren nicht einfach, weil wir oft etwas stecken geblieben sind. Trotz allem schafften wir es immer und niemand hatte das Gefühl die Formulierungen wurden gegen einen gefällt. Nein, sie wurden von allen mitgetragen und ausdiskutiert. Ich als ÖVP-Vertreter sehe natürlich manchen Bereich anders als ein SPÖ-Vertreter, aber ich sehe es als Optimum.

Was ist inhaltlich konkret angeführt? GR. Hufnagl sagt, es sind nur allgemeine Sachen angeführt. Aber konkret angeführt ist eine kostenlose Restplatzbörse und ein Öffi-Kombiticket soll eingerichtet werden, damit die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln für Kultureinrichtungen möglich sein wird. Oder die Abstimmung von Veranstaltungen mit der Gastronomie, denn wir hoffen alle diese bald wieder frequentieren zu können. Die Realität ist eben, eine Veranstaltung findet statt und das Gasthaus hat zugesperrt. Daher ist diese Abstimmung absolut wichtig. Auch die Einrichtung eines Förderbeirates finde ich als tolle Idee und dass auf Drängen von mir klipp und klar im Kulturentwicklungsplan ein Förderschwerpunkt angeführt ist. Die Politik kann sagen wir machen nächstes Jahr diesen Schwerpunkt und dafür soll es einen Förderung geben.

Alles schlecht zu reden ist ein Affront allen Kulturschaffenden in Wels und vor allem Personen gegenüber, die in den drei Workshops wertvolle Zeit investierten und aktiv an diesem Kulturleitbild mitarbeiteten. Ein Leitbild kann nie verbindlich sein und es liegt am

Gemeinderat diesen Kulturentwicklungsplan auch mit Leben zu füllen – besonders am Kulturreferenten.

GR. Schiefermayr: Es wurde heute schon sehr viel zum Thema Kulturleitbild ausgeführt. Ich möchte noch einen zusätzlichen, nicht unwesentlichen Aspekt hinzufügen, nämlich die Definition der Begriffe Kunst und Kultur. Hier scheiden sich im Grunde nicht nur die Wege, sondern auch die Geister. Viele definieren die Kunst nur durch das Motto: „Kuanst ma net a Geld gebn!“. Diese sollten sich aber frei nach einem Theaterstück folgendes fragen: „Was hat's dem Jedermann letztendlich gebracht, der auch nur hat gedacht, dass der schnöde Mammon den Unterschied ausmacht“.

Dass es letztendlich möglich ist aus wenig möglichst vieles zu machen, hat sich in der Stadt Wels schon hundertfach unter Beweis gestellt. Dazu nötig sind neben den notwendigen finanziellen Mitteln aber vor allem Schaffenskraft und Kreativität. Dieses Kulturleitbild ist aus unserer Sicht der ideale Grundstock für genau diese beiden Dinge. Sollte es einmal mangeln, dann sollte man sich Monaco-Franze mit „A bisserl was geht immer“ in Erinnerung rufen.

GR. Hufnagl: Lieber Kollege Wiesinger, politisch jung, das bin ich vielleicht. Ich bin aber auch geistig jung, aber vor allem erfahren in manchen Dingen. Vor allem weiß ich was in einem Strategiepapier ein „Muss“ ist. Ich sehe das als Strategiepapier. All die Dinge, die normalerweise Strategiepapiere enthalten, wie Ziele und Metriken zur Messung des Erfolges, finde ich hier überhaupt nicht.

Du sprachst von einem Optimum. Ich denke aber, es ist eher ein kleinstes gemeinsames Vielfache, aber kein Optimum. Ein solches finde ich hier überhaupt nicht. Ja, die Kritik ist hart, aber es geht um die Sache und um ein Ergebnis. Ich wollte auf keinen Fall irgendwelche im Prozess involvierte Personen beleidigen, sondern das Ergebnis kritisch beurteilen.

Was machen wir jetzt mit dem Ergebnis? Wie arbeiten wir, um aus dem Vorliegenden etwas Ordentliches zu machen? Ich würde mir wünschen noch über die weitere Vorgehensweise informiert zu werden. Wird das jetzt veröffentlicht und alle können es lesen oder gibt es ein aufsetzendes Projekt?

Jeder weiß wie wir NEOS zum Thema Gleichberechtigung, Gender usw. stehen und es ist leider heutzutage keine Selbstverständlichkeit! Darum hätte ich es für gut empfunden, wenn es hineingeschrieben worden wäre. Diskriminierung ist leider an der Tagesordnung und wir müssen laufend dagegen ankämpfen und nicht sagen, es sollte eigentlich – es ist nicht so! Es sollten nicht die Augen davor verschlossen werden.

StR. Reindl-Schwaighofer: Danke für die Diskussion! Es war in der Diskussion nicht selbstverständlich Männlein und Weiblein so zu berücksichtigen, dass es zu keiner Diskriminierung im Text kommt. Es hat mehrerer Vorstöße der Kollegin Scheinecker für diesen Kompromiss der geschlechtsneutralen Umsetzung des Textes bei Überarbeitungen benötigt. Es war nicht selbstverständlich und Gunter, es ist von dir nicht korrekt, wenn du sagst es sollte selbstverständlich sein.

Es war nämlich dem Bürgermeister nicht selbstverständlich und erst ein Einwand des Herrn Magistratsdirektors führte zur Umsetzung dieser Dinge, damit sie aus den inneren

Diskussionen herausgeholt und nicht so getan wird, als wenn diese Auseinandersetzungen und Diskussionen nicht geführt worden wären.

Markus, dein Optimum ist nichts anderes als der von mir angesprochene mögliche Minimalkonsens in dieser Diskussion. Ich möchte nicht an die Themen erinnern, bei denen der Bürgermeister und ich in Vier-Augen-Gesprächen versucht haben einen Kompromiss zu finden, weil er dort im Arbeitskreis nicht gefunden werden konnte. Es geht in diesem Zusammenhang nicht darum hier falsche Dinge anzuführen, sondern es geht darum, dass wir als Stadt Selbstbindungen eingehen. Dass wir uns etwas trauen, um die Kultur weiterentwickeln zu können. Hier haben wir einen reinen Minimalkonsens.

Du hast richtige Beispiele aufgezählt. Das Problem ist nicht das im Papier Stehende, sondern das Herausdiskutierte. Kollege Hufnagl sagte zu Recht, dass uns im Vergleich zum Ursprungspapier beim jetzigen sklerotischen Papier nichts mehr als Kulturstadt fordert. Bei diesem Punkt können sich die Geister scheiden. Es ist eine Diskussion unter mehreren Parteien. Es ist trotzdem ein maximaler Minimalkonsens und zum Schaden des Kulturstandortes Wels. Es ist nicht von Vorteil alles wegzulassen bzw. nicht darüber zu reden.

Möchte ich mich im Kulturbereich weiterentwickeln, damit unser Kulturleben eine Bereicherung für die gesamte Bevölkerung darstellt, dann muss ich das Thema aufnehmen und versuchen bis zur Schmerzgrenze zu diskutieren, damit ich mich weiterentwickeln kann. Ansonsten geht es um nichts anderes mehr als uns zu behübschen und Frequenz in die Stadt zu bringen. Das ist nicht Kultur!

Ich ersuche die GRÜNE-Fraktion und die NEOS dieses Papier so zu nehmen wie es ist. Es steht nichts Falsches drinnen, manche Dinge werden uns auch weiterbringen. Allerdings wäre meiner Ansicht nach viel mehr möglich gewesen. Jeder, der die Kunst- und Kulturschaffenden unserer Stadt kennt, weiß, dass wir hier kongeniale Partner zur Weiterentwicklung der Welser Kultur haben. Bitte denkt noch einmal darüber nach. Walter, auch meine Hoffnung ist, dass wir in einem Jahr mit geänderten Mehrheitsverhältnissen das wieder so diskutieren können, wie es einem Kulturstandort wie Wels zusteht. Ich ersuche sie, gemeinsam mit uns dieses Papier zu beschließen.

Der Antrag zu Punkt 8. der Tagesordnung wird mit

gegen 28 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion + NEOS)

angenommen.

GR. Dr. Csar war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

9.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem eine  
Tarifordnung für die Anmietung des Stadttheaters Wels beschlossen wird  
(Anmietungstarifordnung 2020)  
K-067-5-2020

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 06.10.2020, der  
Gemeinderat möge die beiliegende Tarifordnung für die Anmietung des Stadttheaters  
(Anmietungstarifordnung 2020) beschließen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Neue Mittelschule 5 Neustadt; Zubau und Sanierungen im Bestand;  
Grundsatzbeschluss nach der Bauvorhaben-Übertragungsverordnung 2019  
BK-Schu-122-2019  
miterledigt: SD-TFM-1006-2020

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 06.10.2020:

1. Beiliegende Schreiben „Bekanntgabe Zuschlagsentscheidung“ (.15) und  
„Zuschlagserteilung (Auftrag)“ (.16), betreffend Baumeisterarbeiten in der NMS 5  
Neustadt mit einer Auftragssumme in der Höhe von brutto € 356.343,31 an die Firma  
Felbermayr Bau GmbH & Co KG, Wels, Machstraße 7, werden beschlossen.
2. Beiliegende Schreiben „Bekanntgabe Zuschlagsentscheidung“ (.17) und  
„Zuschlagserteilung (Auftrag)“ (.18), betreffend HLS-Installationsarbeiten in der NMS 5  
Neustadt mit einer Auftragssumme in der Höhe von brutto € 332.217,08 an die Firma  
eww Anlagentechnik GmbH, Wels, Knorrstraße 6, werden beschlossen.
3. Beiliegende Schreiben „Bekanntgabe Zuschlagsentscheidung“ (.19) und  
„Zuschlagserteilung (Auftrag)“ (.10), betreffend Elektrotechnikerarbeiten in der NMS 5  
Neustadt mit einer Auftragssumme in der Höhe von brutto € 136.668,92 an die Firma  
eww Anlagentechnik GmbH, Wels, Knorrstraße 6, werden beschlossen.
4. Grundsatzbeschluss: Das weitere Bauvorhaben betreffend den Zubau sowie die  
Sanierungen im Bestand bei der Neuen Mittelschule 5 Neustadt mit einem  
voraussichtlichen Kostenaufwand in der Höhe von brutto € 750.019,69 wird  
grundsätzlich beschlossen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 302/2.12 (Stadtteil: Vogelweide)  
Verf-015-I-26-2020

StR. Lehner: Der Dringlichkeitsantrag ist deshalb entstanden, weil noch eine Bankgarantie fehlte. Wir legen großen Wert darauf alle Formalismen einzuhalten. Auf der anderen Seite ist es schon notwendig, gerade in Zeiten wie diesen die Wirtschaft entsprechend zu unterstützen, wenn es Wünsche für die Umsetzung einer Bebauungsplanung gibt. Es wurde 2017 eingereicht, 2018 von uns fertig bearbeitet, schon im Ausschuss positiv diskutiert und es gab keine Einwände der Planungsträger und der Nachbarn. Im Nachhinein wurde noch eine Diskussion betreffend der Finanzierung der von uns so dringend geforderten Bäume und Radwege in diesem Bereich geführt.

Jetzt konnten wir das schlussendlich zum Abschluss bringen und ich ersuche daher um Diskussion bzw. Beschlussfassung. Die ursprüngliche Diskussion im Ausschuss liegt doch schon zwei Jahre zurück.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) der ÖVP- und FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion und der NEOS  
betreffend Mietvertrag FreiRaumWels  
Verf-015-I-27-2020

GR. Scheinecker, BA: Im vorliegenden Antrag geht es – wie bereits medial mehrfach berichtet – um den Erhalt des FreiRaumWels in der Altstadt 8. Nicht nur die Medienberichterstattung, sondern die ganze Historie ist schlichtweg ein Irrsinn.

Das ist kein Antrag der Opposition, es ist kein Antrag der SPÖ-Fraktion, der GRÜNEN-Fraktion oder der NEOS, sondern ein Antrag, den wir auf Wunsch der Nutzer und auf Wunsch des Vereines FreiRaum stellen. Wir haben diesen Antrag in Absprache mit ihnen entwickelt, weil es wesentlich ist, dass die am Bürgerbeteiligungsprozess engagierten Bürger auch dementsprechend gehört werden und Respekt bekommen.

Was ist für uns an dieser Sache wichtig? Es geht für uns heute um ein Bekenntnis der Welser Politik die durch uns erst losgestartete Bürgerbeteiligung mit dem Agenda-21-Prozess ernst zu nehmen und respektvoll damit umzugehen. Beim respektvollen Umgang fängt es bereits massiv zu bröckeln an. Für alle, die die mediale Berichterstattung und die zahlreichen Mails nicht gelesen haben, die uns als Gemeinderäte erreichten, ein kurzer Rückblick:

Der FreiRaumWels ist aus dem Agenda-21-Prozess entstanden. Im September 2015 wurde er am Standort Altstadt 8 eröffnet. Es ist ein Raum zur selbständigen Umsetzung nachhaltiger Aktivitäten. Er ist Teil des OTELO-Netzwerkes. Das heißt, wichtige Faktoren sind einerseits die aktive Beteiligung von Bürgern und auch die kostenfreie Nutzung eines von der Kommune zur Verfügung gestellten Raumes als kreativer Experimentierort.

Der FreiRaum ist in diesen fünf Jahren zu einem Erfolgsprojekt geworden. Es gab über 1130 Aktivitäten, wie Vorträge, Freiwilligenberatung, erste Gehversuche junger Unternehmer, Austausch zum Thema Radfahren in Wels bis hin zu einem pop-up-Jugendzentrum. Die Bandbreite ist groß und es gibt wenig was wir nicht als erfolgreich erachten könnten. Selbst die durchgeführte Evaluierung durch die Stadt Wels bestätigte das. Die Altstadt 8 birgt für fast alle definierten Projektziele Potential. Selbst dort, wo diese noch nicht ganz erfüllt worden sind, gibt diese Räumlichkeit die Möglichkeit die selbstgesteckten Ziele noch weiter auszubauen.

Jetzt, fast vier Jahre später nach dieser Evaluierung, hat Bürgermeister Dr. Andreas Rabl Anfang September den Trägerverein zu sich eingeladen um ihnen zu verkünden, dass der Mietvertrag mit Ende des Monats gekündigt wird und alternative Räumlichkeiten zur Verfügung stünden. Der Verein – so wie ich ihn und deren Nutzer kennen – und die dort im Vorstand aktiv Tätigen wollten sich gemäß ihrer Überzeugung die Räumlichkeiten ansehen und mit ihren Nutzern sprechen. Wir sind explizit nicht das Sprachrohr für diese, sondern wir kümmern uns um diesen Raum und sind Trägerverein. Aber es ist ein Ort der Bürgerbeteiligung. Es ist ganz wesentlich, dass diejenigen, die diesen Raum auch nützen und mit Leben füllen, zu Wort kommen können.

Mit dieser demokratischen Haltung im Hintergrund war der frühestmögliche Termin für den Verein und seine Nutzer eine Versammlung am 01. Oktober 2020. Es wurde mit dem Vermieter abgesprochen die Kündigungsfrist könne insofern verlängert werden, damit die vom Herrn Bürgermeister angebotenen Lösungen und Alternativen gemeinsam diskutiert werden können. Ich war bei dieser Versammlung selbst anwesend. Im ersten Tagesordnungspunkt wurde festgehalten, obwohl Fotos von den Räumlichkeiten gezeigt wurden und sich jeder ein Bild machen konnte, dass der Mietvertrag jetzt schon gekündigt ist.

Anscheinend hat man es nicht einmal der Mühe wertgefunden abzuwarten, sich so viel Zeit zu nehmen, um dem Gegenüber Zeit einzuräumen eine gemeinsame Entscheidung zu finden und einen demokratischen Prozess mit den Nutzern durchzumachen. Nachträglich werden dann die Vereine angeschrieben. Die FPÖ-Stadtsenatsmitglieder torpedierten dann sogar die für Donnerstag avisierte Pressekonferenz des FreiRaumWels. Einen Tag vorher kommt eine Pressemeldung von Frau Vzbgm. Raggl-Mühlberger und Herrn Vzbgm. Kroiß, es gäbe jetzt einen neuen Verein mit Namen „FreiRäume Wels“ und dieser übernehme jetzt die alternativen Räumlichkeiten. Ebenfalls wurde hier nicht einmal abgewartet, was der Verein am nächsten Tag zu sagen hat bzw. wie die Stimmungslage im Verein mit den Nutzern ist.

Respektvoll im gegenseitigen Gespräch oder gesprächsbereit ist wirklich etwas anderes. Das hätten sich vor allem diese engagierten Bürger anders verdient. Mit dem besagten Verein „FreiRäume“ überschlagen sich die Ereignisse. Am Wochenende war online zu lesen, dass sich selbst die Mitglieder dieses Vorstandes sich mittlerweile von diesem Verein FreiRäume distanzieren. Dieser heißt übrigens nicht FreiRäume, sondern

Freiraum Freizeit Wels. Sie haben nicht einmal genau gewusst zu welchem Verein sie gehören, weil es hieß, es wird das vielleicht zur Erweiterung oder zur dauerhaften Absicherung des philosophischen Cafés gemacht. Mittlerweile gibt es einen offenen Brief, dass der Altstadt 8-Standort auch für Mitglieder dieses Vereins FreiRäume der interessantere Standort ist, den es zu erhalten gilt.

Es wird davon gesprochen, dass sich Mitglieder dieses Vereines hinter das Licht geführt fühlen bei der Vereinsgründung vor zwei Jahren und bei der Hauruckaktion der Presseaussendung. Es gibt sehr viele Geschichten, wo wir ehrlicher- und beschämenderweise feststellen müssen, so darf die Welser Politik mit einem Bürgerbeteiligungsprozess nicht umgehen. Das ist unwürdig für alle Gemeinderäte, für alle, die auf Kosten der Steuerzahler ihre Mandatsposten haben. Es ist ja nicht so keinen Auftrag zu haben. Das Mindeste wäre den Bürgern auf Augenhöhe zu begegnen und mit ihnen einen tatsächlichen Diskurs und ein Gespräch zu führen.

Wenn ich diese Story nachvollziehe, so liest es sich wie eine schlechte Telenovela, aber definitiv nicht wie eine sachliche und gute Politik. In meinen Augen ist das eine Politik der geschlossenen Türen. Mit den in Wirklichkeit gesetzten Fristen schließen wir die Türen anstatt sie zu öffnen. Wir diskutieren nicht. Es ist eine Machtdemonstration, wir wissen wie die Mehrheiten im Gemeinderat aussehen – das ist keine Neuigkeit.

Wenn ich dann von der ÖVP-Fraktion erfahre, sie ist auch nicht informiert worden, sondern erst am Tag der Pressekonferenz oder in der Nacht davor, dass der Verein FreiRaum sozusagen vor die Tür gesetzt wird, wenn sie die alternativen Räumlichkeiten nicht in Erwägung ziehen würden, dann muss ich die Frage nach dem großen Koalitionsfrieden stellen. Ich als ÖVP-Fraktion würde mich wahnsinnig darüber ärgern wie mein Koalitionspartner mit mir und zusätzlich mit den Bürgern umgeht.

Es ist eine Politik der geschlossenen Türen, eine Machtdemonstration und die Botschaft ist ziemlich klar: „Bürgerbeteiligung ist nur dann okay, wenn sie nach der Pfeife des Bürgermeisters tanzt“. Wenn ich mir die Aussagen der Medien vor Augen führe, dann ist dafür anscheinend keine große politische Mehrheit vorhanden. Wir wissen, die FPÖ-Fraktion hat jede Menge Stimmen, das Jahr 2021 wird hoffentlich bald kommen und die harte vorgegebene Linie findet dann tatsächlich nicht überall die große Begeisterung.

Unsere Aufgabe ist es die Bürger unserer Stadt zu vertreten. Ich habe einen klaren Auftrag für mich und das wichtigste ist, dass wir Vertreter der Bevölkerung sind. Für diesen Innenstadtprozess brachten wir zusätzlich noch das Element der Bürgerbeteiligung in die Diskussion ein. Die aktive Beteiligung der Bürger ist ganz wesentlich für eine Stadt.

Wir sind mehr als nur Verwalter, wir haben alle miteinander einen Gestaltungswillen, wir müssen aber auch jenen mit zusätzlichen Gestaltungswillen abseits von Parteipolitik mit Respekt begegnen. Der Verein FreiRaum bezeichnet sich selbst als nicht parteipolitisch. Diesem müssen wir den notwendigen Raum geben, Platz machen für eine Beteiligung, ansonsten wird sie nicht stattfinden. Der Verein FreiRaum will ja diesen Platz für sich in Anspruch nehmen und sich an unserer Stadt beteiligen. In Wirklichkeit kann sich in Zeiten von Politikverdrossenheit für uns keine schönere Gelegenheit bieten, als dass sich Bürger aktiv einbringen wollen.

Aus den zahlreichen Gesprächen mit den Vertretern vom FreiRaum hat sich ganz klar herausgestellt, sie wollen sogar in Kontakt mit uns treten. Sie möchten gerne darüber berichten was sie machen, was sie vor haben, welche Entwicklungsziele sie als Verein für ihre Nutzer haben. Das unter der Prämisse es ist eine Kooperation ohne Zwang, eine Kommunikation auf Augenhöhe und es gibt eine tatsächliche Entwicklungsperspektive. Die Entwicklungsperspektive kann es aber nicht geben, wenn man nur mehr drei Monate einen Raum hat. Die kann es auch nicht geben, wenn gesagt wird das Ganze jetzt bis zum Wahljahr rüberzutragen. Geben wir den FreiRaumWels gemeinsam nicht auf, geben wir ihm einen gestalterischen Freiraum. Das ist mein Appell an diese Runde. Wir stellen diesen Antrag, um wieder einen anständigen Rahmen für diesen Verein FreiRaum zu finden und für die Nutzer zu schaffen. Die Stadt Wels nimmt – so unser Antrag – das Mietverhältnis analog zu den bisherigen Konditionen wieder auf und dem Trägerverein FreiRaumWels wird dieser Raum für die Nutzung im Sinne der Innenstadtagenda-Projektes für weitere 5 Jahre kostenlos zur Verfügung gestellt. Ich bitte um gebührenden Respekt für den FreiRaum und um eine rege Diskussion.

GR. Hufnagl: Wir hörten es heute schon: Es geht um Respekt! Ich spreche den Herr Bürgermeister bei diesem Punkt direkt an, weil ich über die Vorgangsweise des ganzen Ablaufes entsetzt bin. Ich bin entsetzt darüber, wie man hier mit einem Verein, mit einer erfolgreichen Institution, mit Bürgern (in diesem Fall Nutzer) umgeht. Es werden die Verantwortlichen ins Rathaus für ein sehr kurzes Gespräch zitiert und stellte ihnen de facto ein Ultimatum. Etwas anderes war es nicht, es war „friss oder stirb“. Friss die alternativen Standorte oder stirb´ - weil innerhalb dieser kurzen Zeit der FreiRaum nie andere Räumlichkeiten mieten oder von sich aus auf die Füße stellen kann. Friss oder stirb´ deswegen, weil die Kündigung der alten Räumlichkeiten in der Altstadt 8 schon beschlossen war.

Seriös wäre es gewesen, wenn es wirklich rein um die Kosten geht hier das Gespräch mit dem Verein zu suchen, um Alternativen, Lösungen zu finden, die einerseits der Stadt Wels entgegenkommen, andererseits aber auch dem Verein und vor allem den Nutzern. Um diese geht es wirklich. Es geht darum damit diese dort Aktiven auch weiterhin aktiv sein können und dürfen. Dazu ist das Ganze in Wirklichkeit da. Diese seriöse Lösung, dieser Diskurs wurde einfach nicht gesucht. Ich muss annehmen, es wäre das gar nicht gewünscht und schon von langer Hand geplant diesen vielleicht unliebsamen Verein irgendwie einzufangen bzw. unter Kontrolle zu bekommen oder eben sterben zu lassen.

Einen dementsprechenden Versuch gab es schon einmal, um den handelnden Personen in der Stadtregierung mehr Einfluss auf diesen Verein FreiRaum zu verschaffen. Ich glaube, es war nicht gewünscht hier eine Lösung zu finden, weil einfach völlig unpassende und zum Teil falsche Räumlichkeiten den handelnden Personen gezeigt wurden. Das zeigt, es ist überhaupt kein Interesse vorhanden.

Am 7. Oktober 2020 war die Spitze des Eisbergs erreicht, in dem ein anderer Verein präsentiert wurde, welcher die Nutzer wieder einfangen würde und der mit den angebotenen Räumlichkeiten zufrieden wäre. Herr Bürgermeister, ich würde ihnen empfehlen sich einmal den Verein anzusehen, weil alleine von der Namensgebung im Vereinsgesetz § 4 Abs.1 sehr genau definiert ist, dass Vereine mit gleichen oder ähnlichen Namen in einem Ort mit selben Zweck gar nicht so einfach zulässig sind. Genauso würde ich mir ansehen, wie dieser Verein zustande kam.

Wir hörten - es wurde in der Zwischenzeit von einer Person öffentlich gemacht - unter falschen Angaben verleitet worden zu sein eine Unterschrift zu tätigen. Ich bin mir nicht so sicher ob dieser alternative Verein überhaupt so eine gute Idee ist, wenn man sich auf diesen verlässt. Ich habe mir überlegt, was noch der Auslöser von dem Ganzen bzw. der Hintergrund dieser Aktion sein könnte. Meine Annahme ist, dass man mit den dort stattfindenden Veranstaltungen nicht zufrieden ist. Aber hier hätte auch der Diskurs gesucht werden können. Oder vielleicht ist man mit gewissen dort tätigen Personen nicht einverstanden? Ich wüsste nicht warum, aber Herr Bürgermeister, sie sind Bürgermeister für alle Welser und nicht nur für einen gewissen Teil der Menschen in dieser Stadt.

Die Sache stellt sich als Übereinnahmeaktion dar, wo durch speed kills die Menschen überrumpelt werden, um damit eine Institution unter Kontrolle oder in die Fänge zu bekommen. Ich finde es schlimm nicht auf die Bedürfnisse der Menschen einzugehen. Es fanden hunderte Veranstaltungen statt, dabei hat sich etwas entwickelt und ich finde es schade in so einer kurzsichtigen Aktion mit einem Federstrich etwas zu zerstören, anstatt sich zu überlegen, wie das noch ausgebaut werden könnte.

Solche Bürgerbeteiligungsprozesse, Bürger, die initiativ werden, sollten gefördert werden und nicht mit einem Federstich beendet. Das Engagement der Menschen wird hier mit Füßen getreten und ich finde es schade, weil man langfristig denken muss. Es wird sich jeder irgendwie in Zukunft erinnern was hier passiert ist und es wird sich jeder drei Mal überlegen, ob er etwas macht oder nicht. Das finde ich einfach so schade!

Ein Appell an die ÖVP-Fraktion: In einem Interview auf Radio FRO hörte ich Stadtrat Lehner sagen die ÖVP-Fraktion hätte immer den FreiRaum unterstützt und es sei eine wirklich tolle Einrichtung. Dann kommt aber der Satz: „Wir werden nicht gegen die Koalition stimmen.“ Ich finde das schade, weil es um die Sache geht. Wenn ihr von einer guten Sache überzeugt seid, dann bitte stimmt doch dafür. Es kann doch nicht sein, dass ihr nur aus Rason gegenüber der FPÖ-Fraktion nicht zustimmt, wenn die Sache sinnvoll ist. Ich hoffe ihr zeigt Haltung und Rückgrat und unterstützt diesen Antrag.

GR. Wiesinger: Ich bin bewusst auf die Bühne gekommen, weil ich den Vertretern des Vereines FreiRaum in die Augen sehen und nicht die kalte Schulter zeigen möchte.

Mit der Agenda-21 startete vor mehr als 10 Jahren in Wels ein Prozess bei dem es darum ging, die Sicherung und Verbesserung für die Stadt Wels sicherzustellen. Das ist mir wichtig hier und heute zu betonen, denn aus dem Agenda-21-Prozess ist der FreiRaum entstanden und schlussendlich wurde die Liegenschaft Altstadt 8 angemietet. Es entstanden viele Projekte aus der Agenda-21, wie die Sanierung des Gasparks oder die Bademöglichkeiten am Mühlbach entlang des Zwingers inklusive den Liegen. Der Agenda-21-Prozess hat nicht nur den FreiRaum herausgebracht, sondern es gingen viele positive Entwicklungen für die Stadt daraus hervor.

Im Herbst fand die offizielle Schlüsselübergabe für das Objekt FreiRaum – Altstadt 8 - unter der Anwesenheit aller Fraktion und mit über hundert Personen statt. Heute wurde in den Wortmeldungen stets auf die Bedeutung der Politik und die in die Politik gesetzte Hoffnung hingewiesen. Auch die zahlreichen E-Mails vom FreiRaum zeigen, dass es ihnen wichtig ist.

Ich möchte kurz ins Jahr 2015 wechseln. Nach der Wahl des Bürgermeisters und der neuen Verhältnisse im Gemeinderat wurde eine Koalition verkündet. So eine politische Koalition gab es in dieser Stadt noch nie, deshalb möchte ich es erwähnen. Ziel dieser Koalition war und ist es gemeinsam Projekte für die Stadt umzusetzen. Aber es wurden auch klare Regeln betreffend Stimmverhalten und Zusammenarbeit schriftlich festgehalten. Wir sind in einer Koalition mit der FPÖ und wir haben für diese Stadt auch viel erreicht. Wenn ich hier an die Sanierung des Stadtplatzes denke oder an den Wasserturm, das neue Parkdeck am Bahnhof, die Autobahnabfahrt Wimpassing, die Sanierung des Stadttheaters, die Schaffung von über 70 zusätzlichen Kindergarten- und Krabbelstubenplätzen, aber auch die Grünraumoffensive und Neupflanzung von hunderten Bäumen. Die Sanierung der Kunsteisbahn, Einführung des Abendbusses und die Anschaffung des Bücherbusses zeigen, dass diese Koalition eine klare schwarze Handschrift trägt.

Die Magistratsreform und die umsichtige Budgetpolitik haben jährlich Überschüsse erwirtschaftet, die es uns jetzt in dieser schwierigen Zeit der Wirtschaftskrise möglich macht auch Investitionen zu tätigen. In der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen wir den Kaiser-Josef-Platz. Ich bin bekannt – meine Fraktion weiß es – für direkte Worte, d.h. ich spreche Dinge sehr offen an und möchte es auch heute tun. Die Koalition funktioniert dann gut wenn es darum geht Projekte, die vereinbart und paktiert sind, umzusetzen. Es ist klar, eine Koalition ist ein Zusammenschluss von zwei Parteien. Beide Parteien (FPÖ- und ÖVP-Fraktion) haben unterschiedliche Werte, Haltungen und vor allem Persönlichkeiten.

Das wird gerade beim Thema Altstadt sichtbar. Wir haben zwei unterschiedliche Zugänge bei diesem Thema. Als ÖVP-Fraktion suchten wir stets das Gespräch und versuchten immer einen Fortbestand am Standort zu garantieren. Fakt ist aber, die Kündigung ist alleiniger Verantwortungsbereich des Bürgermeisters und er hat dies in seinem eigenen Ermessen vollzogen. Es gab keinen Beschluss bzw. ist dem Bürgermeister bekannt, mit der Kündigung habe ich keine Freude.

Besonders kritisch sah ich die Aussendung der Stadt Wels über die Gründung des neuen Vereins FreiRäume letzte Woche. Warum sehe ich das kritisch? Mir ist nicht bekannt, dass irgendein anderer Verein der Stadt Wels vor seiner Gründung eine offizielle Presseaussendung seitens der Stadt bekommen hat. Besonders ärgert mich, dass mit einer offiziellen Presseaussendung seitens der Stadt suggeriert wird es handle sich um eine städtische Entscheidung. Das war nicht der Fall!

Dieses Thema ist auch nicht in der Koalition beschlossen worden, sondern eine alleinige Entscheidung des Herrn Bürgermeisters und den Mitgliedern der FPÖ-Fraktion. Wir hätten so eine Gründung nicht befürwortet. Den Schluss, den ich persönlich aus dieser Diskussion ziehe ist, dass leider die Politik sehr oft in parteipolitisches Fahrwasser verfällt. Vor einigen Tagen äußerte ich medial 16.500 Euro bei einem 220 Mio. Euro Budget müsste sich die Stadt leisten können. Zu dieser Aussage stehe ich. Aber die Vergangenheit zeigte klar, kleine Summen lösen immer die größten Diskussionen aus. Wir beschlossen vor einigen Monaten eine Subvention in Höhe von über 18 Mio. Euro für das neue Amtsgebäude Greif in weniger als fünf Minuten. Jetzt diskutieren wir schon wieder fast eine Stunde über 16.500 Euro.

Wenn ich mir persönlich heute einen Fehler zugestehen möchte, dann ist das jener, dass ich bei den Koalitionsverhandlungen im Jahr 2015 den FreiRaum nicht berücksichtigt habe. Die ÖVP-Fraktion steht hinter dem FreiRaum, steht aber auch zu der Koalition. Wir können nur um Verständnis bitten, dass wir nicht wegen 16.500 Euro eine Koalition aufkündigen. Denn klar wurden wir in den Vorgesprächen mit der FPÖ-Fraktion immer wieder auf das Koalitionsabkommen hingewiesen und schriftlich wurde festgehalten ein unterschiedliches Abstimmungsergebnis bedeutet die Auflösung der Koalition.

Man kann der ÖVP-Fraktion viel vorwerfen, aber wir stehen zu dem was wir unterschrieben und ausgemacht haben. Ich mache aus meiner persönlichen Haltung hier auch kein Geheimnis. Wenn morgen Journalisten in der Zeitung titulieren: „Koalitions- oder Ehestreit in Wels“, dann muss ich damit leben und nehme es hin. Ich würde es nicht als Ehe bezeichnen. Wir sind zwei unterschiedliche Parteien, wir haben unterschiedliche Zugänge. Das merkt man ganz besonders heute.

Ich dokumentiere aber auch klar, wir sprechen uns für den Weiterbestand aus. Dem FreiRaum kann ich persönlich nur wünschen die nächsten Monate zu überstehen. Ich hoffe auf die Solidarität seitens der Wirtschaft in Wels und hoffe zusätzliche Unterstützer in Wels gewinnen zu können. Und: Nächstes Jahr sind Wahlen!

Die zukünftige Stadtregierung muss sich dem Thema FreiRaum besonders widmen und sich die Frage stellen, ob sie in Zukunft aktive und selbstorganisierte Bürgerbeteiligungen in Wels haben will oder nicht? Wir als ÖVP stehen dem offen und frei von politischer Vereinnahmung sehr positiv gegenüber.

StR. Reindl-Schwaighofer: Es ist einfach ein Dilemma! Kollege Wiesinger hat aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht und es dargestellt. Wobei in der Endkonsequenz hast du ihnen zwar alle in die Augen geschaut, damit du ihnen nicht die kalte Schulter beim Reden zeigst, aber das wirst du dann beim Abstimmen machen. Das ist der wesentliche Punkt. Was gesagt wurde kann ich alles nachvollziehen, möchte aber auf einige Punkte eingehen.

Zu Beginn des FreiRaums kam die Idee auf, die Terminplanung und die Einteilung werden von Mitarbeitern des Hauses Magistrat erledigt. Das wäre ein guter Weg der Kontrolle gewesen. Nachdem der FreiRaum als Verein sehr selbständig arbeitet und sehr selbständig mit den Nutzern zusammenarbeitet, ist es eigentlich gegen das Grundprinzip des FreiRaums, dass der FPÖ-Bürgermeister mitredet. Bürger sollen sich im Sinne ihrer Initiativen und Aufgaben dort treffen und miteinander unterhalten.

Der angesprochene Verein dürfte sechs Wochen nach der Veranstaltung von Herrn Henning Scharsach gegründet worden sein. Nicht alle werden Henning Scharsach kennen. Das ist der, der seit Jahren als Journalist die Rolle der FPÖ in unserer Gesellschaft aufarbeitet, wenn es darum geht keine Distanz zum NS-Regime zu haben. Glaubt jemand wirklich es sei ein Zufall, dass der Verein sechs Wochen später gekündigt worden ist? Ich glaube nicht an Zufälle.

Vielleicht kann sich jemand an die Diskussion zum Freiwilligenzentrum erinnern. Dabei ging es um das Gleiche! Was ich nicht kontrollieren kann, das kann nicht gut sein. Wir gründen einen eigenen Verein, nehmen uns die guten Dinge heraus und machen das selber. Es geht um Kontrolle und den direkten Zugriff. Man braucht sich nur ansehen wie

das beim D22 war, wo es um die Räume am Marktgelände (deren Besichtigung wurde heute schon geschildert) ging. Es ist nie darum gegangen, dass dieser Verein dorthin übersiedelt sondern es ging immer darum Kontrolle auszuüben.

GR. Wiesinger führte das Ergebnis einer breiten Bürgerbeteiligung bereits aus. StR. Lehner war zuständig für die Agenda 21. Ich kann mich noch an die Eröffnung erinnern und habe mir die Fotos über die Übergabe angesehen. Das war eine tolle Geschichte und ein großartiges Ergebnis einer breiten Bürgerbeteiligung. Ganz ehrlich, glaubt irgendwer von der demokratischen Seite dieses Hauses, dass Bürgerbeteiligung vorangetrieben wird? Nein das glaubt niemand - es geht um Kontrolle!

Über Social Media habe ich gerade die Nachricht erhalten: Die Vereinsgründung ist bereits gerichtsanhängig. In diesem Zusammenhang gab es unterschiedliche Machenschaften, die schon kontrolliert und überprüft werden. Man muss sich vorstellen zu was man hier alles bereit ist, um Kontrolle auszuüben. Der FreiRaum ist in Wirklichkeit nur ein Zeichen dafür, wie mit dem Bürgerwillen in dieser Stadt umgegangen wird.

GR. KR. Schönberger: Solche Aussagen wie von GR. Wiesinger, habe ich schon lange nicht gehört. Wie man so herumreden kann, wenn man sich vor der eigenen Courage in die Hose macht. Das ist wirklich das Allerletzte! Offensichtlich dürfte entgangen sein, dass jeder von uns 36 Gemeinderäten eine eigene persönliche Stimme hat, auch wenn wir Fraktionen zugehörig sind. Das heißt, wir brauchen nur eine geheime Abstimmung fordern und dann kann jeder für sich selbst abstimmen wie er will. Das wäre Courage und nicht „herumeiern“ wie „wir täten“, „wir möchten und hätten gerne, aber wir können nicht“.

Hier kann der SPÖ-Fraktion ein Zugeständnis gemacht werden, die wissen für was sie stehen. Es kann auch der ÖVP-Fraktion ein Zugeständnis gemacht werden, die wissen auch für was sie stehen: Sie „eiern“ durch die Gegend und lassen die Menschen dabei über.

StR. Lehner: Ralf Drack hat im Interview von Radio FRO mir „gewisse Vaterfreuden“ für die Initiative FreiRaum mitgegeben und ich stehe dazu. Wir wickelten mit der Agenda 21 in Wels einen sehr erfolgreichen Prozess ab, es war in vielen Bereichen spannend und kontroversiell. Wels verträgt aber auch Dinge, mit denen man in allen Bereichen eine Freude hat, denn die Bürger sollen im Mittelpunkt stehen und Bürger haben unterschiedliche Positionen und Meinungen.

Lieber Johnny, am Ende des Tages geht es dann doch um Geld. Es ist gerade heute für den FreiRaum wichtig kreativ zu sein und gemeinsam zu schauen, ob wir in den nächsten Tagen und Wochen entsprechende Gelder auftreiben können, die die Möglichkeit eines FreiRaums in Wels garantieren unabhängig von politischen Entscheidungen, sondern bürgerorientiert und von Bürgern selbst getragen.

Ich habe dich heute eingeladen gemeinsam zu schauen, ob wir in unseren Referaten noch Gelder auftreiben bzw. umsichtigen können in engen Budgets, um den FreiRaum den Weiterbestand und vor allem diese Übergangsphase vielleicht in eine von der Wirtschaft oder von anderen Bürgern unterstützte Finanzierung zu ermöglichen. Das wünsche ich mir und biete das auch an. Ich bin mir sicher in meinem Bereich einige tausend Euro zu finden für das heurige und wahrscheinlich auch für das nächste Jahr.

Wenn jeder in seinen Bereichen schaut finden wir gemeinsam die entsprechenden Mittel, um den FreiRaum nicht nur ein politisches Geschenk zu machen, sondern um den FreiRaum Selbstständigkeit zu geben. Gerade die Selbstständigkeit ist das für politische Parteien Wichtige, damit sie die Kraft haben das auch den Bürgern zu geben, diese Verantwortung, dieses selbstbestimmte Tun und Handeln. Das wünsche ich mir. Das hat in den letzten Jahren im FreiRaum gut funktioniert. Da gab es Veranstaltungen der Charity-Clubs bis zu gesellschaftskritische Themen und anderen Dingen. Meine Mutter sagte ich möchte ihr den FreiRaum erhalten, weil sie sich als Pensionistin in der Sigi Strasser-Spielrunde trifft und dabei geht es um gar nichts. Bürger sollen sich in der Stadt wohlfühlen und gemeinsame Initiativen ergreifen. Das ist auf der anderen Seite sehr viel und sehr wichtig. Daher ist es heute ein guter Weg, wenn wir zumindest über das Thema diskutieren und uns ansehen, wie wir den FreiRaum weiter absichern können.

GR. Dr. Csar: Ich möchte zuerst unserem Fraktionsobmann Markus Wiesinger zu seiner sehr treffenden Rede gratulieren. Du hast es auf den Punkt gebracht und alle Sachen angesprochen, die mir persönlich sehr wichtig sind.

Erstaunlich ist die Aussage der SPÖ-Fraktion, wenn die ÖVP-Fraktion anders abstimmen würde, alles ganz anders wäre. Meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ-Fraktion, ich hoffe ihr seid der Grundrechenarten mächtig und denkt darüber nach.

Worum geht es mir? Nicht um Unliebsamkeiten auszutauschen, sondern um die Situation des FreiRaums. Wie geht es damit weiter? Was können wir tun? Mir geht es darum ein kreatives Leben zu ermöglichen, die Innenstadt zu beleben und den Jugendlichen einen Ort der Zusammenkunft zu erhalten abseits des Gastgewerbes und sonstiger Einrichtungen.

Laut umfangreicher Medienberichterstattung zu diesem Thema stehen wir damit nicht alleine da. Das Haus Altstadt 8 beherbergt den Verein FreiRaum, welcher eine vorbildhafte gesellschaftliche Initiative widerspiegelt, bei der das Ehrenamt gelebt und mit Leben erfüllt wird. Allen dort Tätigen ein herzliches Danke! Wir sollen zum Ehrenamt nicht nur ein Lippenbekenntnis ablegen, sondern uns auch dazu bekennen und deshalb aus Sicht der ÖVP-Fraktion unser aufrichtiger Dank!

Ich erwähnte es kurz, auch die Jugend soll einen Ort der Zusammenkunft haben. Das D22 – eine Einrichtung der Diözese OÖ – hat im Haus Altstadt 8 einen wöchentlichen Jugendtreff organisiert. Über diese Möglichkeit war ich sehr froh. Es war sehr schön zu sehen, dass dort zahlreiche Workshops organisiert und abgehalten wurden. Das bedeutete eine Belebung der Altstadt. Es waren viele Jugendliche und Menschen auf den Straßen unterwegs.

Ich sage das deshalb, weil ich in der Altstadt wohne und weil es mir ein Anliegen ist dem FreiRaum in der Altstadt 8 weiterhin ein Zuhause zu geben. Es gab früher schon Überlegungen dazu was dort hineinkommen könnte. Mit diesem Verein wurde das Haus belebt. Das Angebot der Innenstadt, wie Gasthäuser, Galerien und anderen Kultureinrichtungen runden das natürlich sehr gut ab. Der FreiRaum ist für mich auch eine Basis für vielfältige Diskussionen und das öffnet uns allen den Horizont für ein freies Denken, für ein freies Weiterkommen und damit die Jugend untereinander Demokratie leben. Ein wichtiger Beitrag für unsere Gesellschaft in Wels.

Ich finde die heutige Diskussion etwas demotivierend für alle dort tätigen Ehrenamtlichen und finde es traurig so darüber diskutieren zu müssen. Es wäre besser gewesen im Vorfeld eine Lösung zu finden. Es hätte den Respekt gegenüber dem Ehrenamt Rechnung getragen, gegenüber den dort sich in ihrer Freizeit engagierenden Menschen. Die Hoffnung darauf habe ich noch nicht aufgegeben und hoffe das in der Rundschau vom 08. Oktober 2020 Gestandene hat immer noch Gültigkeit. In dieser wird Bürgermeister Dr. Rabl zitiert: Überschrift: Bürgermeister Dr. Rabl ist gesprächsbereit. „Wenn es Mehrheiten gibt werde ich es akzeptieren, auch wenn ich anderer Meinung bin“. Ich denke ein kleiner Schimmer am Ende des Horizonts. Hoffentlich kommen wir noch zu einem Ergebnis bzw. finden wir gemeinsam eine Lösung, damit der Verein FreiRaum in der Altstadt 8 auch weiterhin arbeiten kann.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Ich möchte hier ein paar Dinge klarstellen, weil ich selten so viele Falschinformationen gehört habe wie heute in dieser Debatte bzw. im Vorfeld dieser Diskussion. Dabei wurde ein bedeutender Grundsatz der demokratischen Diskussion missachtet. „Audiatur et altera pars – Man soll sich die andere Seite auch anhören“. Ich habe mir sowohl die Seite von Herrn Dr. Herhacker angehört – den ich heute noch getroffen habe – und mir die Protokolle über Gespräche mit Herrn Mag. Drack und anderen Vertretern des Vereines FreiRaum durchgelesen.

Vielleicht ein kurzer historischer Rückblick den man braucht, um die ganze Situation überhaupt zu verstehen. In der Agenda 21 wurde am 19.12.2014 festgehalten, was überhaupt benötigt wird, um einen FreiRaum ins Leben zu rufen. Wie sollen die Räumlichkeiten gestaltet werden? Es wurde angeführt, er soll barrierefrei, zentral gelegen, gut ohne Auto erreichbar und eine Größe von 100 m<sup>2</sup> aufweisen. Man machte sich daraufhin Gedanken, welche Räumlichkeiten dafür in Frage kommen. Die meisten Stimmen erhielten die Räumlichkeiten des damaligen leerstehenden Thalia-Geschäftes, dann das Welios, der Traunpark, das Növa u.a. Das war bevor das Gebäude Altstadt 8 überhaupt zur Verfügung stand. Nachzulesen im Protokoll der damaligen Sitzung und ohnehin für jeden einsehbar.

Laut Protokoll werden zwei bis drei Räumlichkeiten benötigt mit kleiner Küche etc. Also, alle Voraussetzung die es benötigt, um einen FreiRaum sinnvoll betreiben zu können. Warum erwähne ich das an dieser Stelle? Weil das der Maßstab sein muss nach dem wir beurteilen sollen, ob andere Räumlichkeiten als Altstadt 8 für den FreiRaum geeignet sind oder nicht. Aus meiner Sicht ist das die einzige entscheidende, relevante Frage. Sind andere Räumlichkeiten als Altstadt 8 für den FreiRaum geeignet – ja oder nein? Weil es sich im Wesentlichen darauf beschränkt, ob die Stadt Wels tatsächlich eine Liegenschaft um 16.000, 18.000 oder 20.000 Euro anmietet, wenn gleichzeitig 400 m vom Rathaus entfernt geeignete, den damals festgelegten Ansprüchen entsprechende Räumlichkeiten leer stehen, der Stadt Kosten verursachen und welche die Stadt derzeit nicht benötigt.

Muss jetzt die Stadt sagen, diese stehen leer, sind geeignet wir brauchen sie nicht, aber der FreiRaum will unbedingt seine jetzigen Räumlichkeiten erhalten? Von dieser Partout-Stellung geht er unter keinen Umständen ab und wird mit dem Engagement der Zivilgesellschaft gerechtfertigt, weil man nicht bereit ist, 400 m weit zu übersiedeln. Das ist die Frage, der wir uns aus meiner Sicht heute widmen. Da geht es nicht um

Parteilpolitik. Es geht nicht darum, dass aus langer Hand etwas vorbereitet wurde oder darum das eine kaputt zu machen und das andere zu zerstören, die Zivilgesellschaft zu beeinträchtigen oder sonst irgendetwas. Es geht schlichtweg darum, ob die Stadt Wels wirklich geeignete Räumlichkeiten leer stehen lassen muss, wenn ein Verein sich einbildet genau dort zu bleiben wo er jetzt ist.

Ich möchte nicht erwähnen wie viele andere Vereine es gibt, die auch keine idealen Vereinsräumlichkeiten haben bzw. welche überhaupt keine haben und möchte nicht erwähnen, wie viel wir bezahlen, damit wir Vereinsräumlichkeiten für alle möglichen Vereine bekommen. Kann dieses Projekt FreiRaum in der alternativ vorgeschlagenen Räumlichkeit weitergeführt werden oder kann es das nicht? Und das Projekt ist nichts anderes als die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten kostenlos in einer gewissen Organisation für alle Vereine, die es brauchen. Es geht nicht um einen konkreten Verein FreiRaum, der von Herrn Drack so in Geiselhaft genommen wird. Es geht nicht darum, wer dort drinnen ist oder wer nicht, sondern für die Stadt Wels und für die darin enthaltenen Vereine einen Mehrwert zu schaffen. Dieser Mehrwert liegt darin einen Gratisraum zur Verfügung zu stellen. Das ist die Frage, mit der wir uns heute auseinandersetzen sollten.

Es gab am 24.06.2016 eine elfte Kernteamsitzung. Dort wurde bereits einmal die Alternative zu Altstadt 8 besprochen, ob der FreiRaum nicht in den Stadtplatz 55 übersiedeln soll, weil das Gebäude Stadtplatz 55 bald leer stehen wird. Da wurde philosophiert geht das oder nicht, soll gekündigt oder nicht gekündigt werden. Damals sprach man sich gegen eine Kündigung aus, die Räumlichkeiten seien nicht optimal wegen der Aufteilung.

Bei einer weiteren Besprechung am 11.08.2016 mit Herrn Reisinger und Herrn Kowatsch sprach man sich für einen Verbleib am jetzigen Standort aus, aber es wurden Probleme mit anderen Vereinen erörtert, die auch eigene Lokale wollen. Das heißt, es wurden damals schon Ansprüche gestellt und seit 2016 gibt es Beschwerden anderer Vereine, die mit der derzeitigen Abwicklung und Verwaltung nicht einverstanden sind. Eine Besprechung gab es am 11.08.2016, eine am 05.02.2018. Der Verein Bahia durfte damals keine Veranstaltung machen und sie fragten sich warum sie abgelehnt wurden. Es hat hier ein ominöser Vorstand oder Gremium die Abhaltung einer Veranstaltung einfach abgelehnt. Die Beschwerde ging bei mir ein – aus welchen Gründen auch immer.

Es gab eine weitere Besprechung am 12.03.2018. Es gab wiederum eine Beschwerde, dass Veranstaltungen nicht ganz frei - so wie der FreiRaum sein sollte – abgehalten werden können. Wir kommunizierten das jeweils an die Vereine und die Besprechungen fanden allesamt mit den Vereinsgremien statt. Also auch mit einem Vertreter des Vereines FreiRaum. Das ist in Ordnung! Ich hatte danach den Eindruck, man hat sich das überlegt und berücksichtigt. Denn seither habe ich nichts mehr gehört. Nichts Positives und nichts Negatives – es hat aus meiner Sicht gepasst.

Wir haben dann am 07.09.2020 nicht „zitiert oder vorgeladen“, wie es mir vorgehalten wurde, sondern einfach angefragt, ob der Verein FreiRaum nicht zu einer Besprechung kommen könnte. Hintergrund war eine Kündigung des Mietvertrages, weil der Kündigungsverzicht nach fünf Jahren ausgelaufen ist und es sich aufgrund der Übersiedlung die Räumlichkeit Marktplatz/D22 als neue Möglichkeit ergeben hat. Das

D22, welches ich mit Johnny Reindl-Schwaighofer besuchte, hat er selbst als gute Idee für den FreiRaum bezeichnet. GR. DI Haydinger war bei der Besprechung mit dabei.

Wir wissen, wir hatten diese zwei Räumlichkeiten und diese standen uns gratis ohne Miete dafür zahlen zu müssen zur Verfügung. Betriebskosten müssen wir sowieso bezahlen, ob die Räumlichkeiten leer stehen oder nicht. Diese Räumlichkeiten haben natürlich große Potentiale, weil ich nicht nur auf die Räumlichkeiten im Freiraum beschränkt bin, die uns derzeit zur Verfügung stehen. Diese sind bekanntermaßen nicht die größten, sondern haben darüber hinaus auch die Möglichkeit Musikvereine, Malvereine, offene Werkstätten, Tauschcafes etc. zu machen. Durch die Zweiteilung können interne Treffen am Marktplatz abgehalten werden und Veranstaltungen mit Bedarf an größeren Räumlichkeiten können im D22 gemacht werden. Ich habe das dem FreiRaum angeboten. Es ist richtig, es wurden dem FreiRaum die falschen Räumlichkeiten am Marktplatz im ersten Stock und nicht im Erdgeschoss gezeigt. Ich war bei dieser Besichtigung nicht dabei und als ich davon erfuhr schlug ich sofort vor die richtigen Räumlichkeiten zu besichtigen.

Nach dieser Besprechung am 07.09.2020, wo ich sagte, diesen Vertrag kündigen zu müssen, war nur ein finanzielles Interesse dahinter. Johnny, wie schlecht kennst du mich, dass du glaubst es geht nicht ums Geld! In diesem Zusammenhang muss ich dir sagen, es ging nur darum der Stadt Geld zu sparen in Zeiten, wo uns aufgrund von Corona über 15 Mio. Euro fehlen. Das war die einzige Motivationslage in diesem Zusammenhang, weil wir Räumlichkeiten haben, die alternativ zur Verfügung stehen. Leider ist das offensichtlich nicht zu dir durchgedrungen.

Tatsache ist, ich sagte bis 30.09.2020 brauchen wir eine Entscheidung. Der Verein war nicht in der Lage sich in irgendeiner Weise an mich zu wenden, außer mit einem Mail vom 17.09.2020 und dem Inhalt irgendjemanden einbeziehen zu wollen, der Vermieter ist bereit mit der Kündigung noch zuzuwarten und bis zum 15. Oktober zu verzichten. Es ist nett, wenn mir das jemand Dritter sagt, aber das muss mir der Vermieter schriftlich geben, weil ich an den gebunden bin und nicht an irgendjemand anderen. Mache ich einen Fehler, ist dieser ein Schaden für die Stadt Wels, den ich zu verantworten habe. Ich hätte mir gewünscht, dass Vertreter des FreiRaums irgendwann kommen und das Gespräch suchen, anstatt Pressekonferenzen vorzubereiten ohne ein einziges Mal das Gespräch zu suchen. Ein einziges Mal hat es nicht gegeben!

Im Gegenteil, ich habe aus Facebook-Postings erfahren, dass am 08.10.2020 eine große Pressekonferenz stattfinden soll. Ich habe in diesem Zusammenhang Herrn Drack noch einmal am Dienstag angerufen, ob er diese Räumlichkeiten am Marktplatz übernehmen und verwalten will. Er hat dies verneint und erst dann kam Herr Dr. Herhacker und meinte, wenn das nicht gewollt ist, wir wollen diese Räumlichkeiten schon. Er will das philosophische Cafe in diesen neuen Räumlichkeiten nützen. Es gibt nichts von langer Hand Vorbereitetes. Ich finde es ein Frechheit ohne Rücksprache jemanden zu beschuldigen Urkundenfälschung oder Betrug begangen zu haben.

Es gibt nämlich nicht einen Verein, sondern es gibt zwei Vereine. Einen von Herrn Dr. Herhacker gegründeten, weil sein philosophisches Cafe bekanntlich nur eine Initiative war, um irgendwann einmal eine institutionelle Basis zu haben. 2017 hat er den Verein FreiRaum-Freizeitgestaltung gegründet und mitgeteilt, es sei für das philosophische Cafe, damit es in einer Vereinsstruktur enthalten ist. Er hat überhaupt niemanden getäuscht,

weil dieser Verein überhaupt keinen anderen Sinn hat. Es wird ihm strafrechtlich relevantes Handeln unterstellt – das ist letztklassig!

Die Damen werden verunsichert und es wird ihnen gesagt, es sei ein Wahnsinn und von der FPÖ-Fraktion von langer Hand vorbereitet. Seit zwei Jahren wird das geplant – wie schlecht und böse! Dabei hatte der Verein genau den Sinn, den Dr. Herhacker den beiden Damen kommunizierte - einen institutionellen Rahmen für sein philosophisches Cafe! Dieser Verein ist weder FPÖ-nahe noch sonst etwas. Ich wüsste gar nicht warum man zu diesen Einschätzungen kommen kann. Er hat nichts mit uns zu tun und wir wussten nichts von diesem Verein. Dr. Herhacker gründete diesen, wie viele einen Verein gründen. Es steht übrigens auch den Vereinen, die sich im FreiRaum befinden, selber zu eigene Vereine zu gründen, weil das ein Grundrecht ist, das jeder hat. Wenn jemand einen Verein gründen möchte, kann er ihn gründen, egal wann, wie und warum. Das ist per se kein Verbrechen, auch nicht für Dr. Herhacker.

Drei Jahre später, völlig unabhängig von allem anderen, gab es eine neue Vereinsgründung. Wir sagten, wenn jemand bereit ist die Verwaltung dieser neuen Räumlichkeiten zu übernehmen, ist das kein Problem. Das ist der Verein FreiRäume und dieser hat mit dem ersten Verein überhaupt nichts zu tun. Laut den vorliegenden Unterlagen wurde er am 06.10.2020 eingereicht. In dieser kurzen Zeit wird er noch nicht in den Büchern und Computerprogrammen zu finden sein. Der andere Verein kann klarerweise gefunden werden, weil es ihn schon seit drei Jahren gibt. Aber darin jetzt ein Komplott, eine Verschwörung oder eine Räubergeschichte zu sehen, einen Dr. Herhacker Urkundenfälschung vorzuwerfen und das mit einer Anzeige verbunden, weil alles strafrechtlich relevant ist, finde ich beschämend. Beschämend, weil man nicht mit dem Anderen sprechen will. Das ist für mich ein weiterer Ausdruck dessen, dass es dem FreiRaum, dieser Proponenten oder der Kulturinitiative gerade nicht darum gegangen ist eine konstruktive Lösung zu finden, sondern nur darum irgendwem ans Bein zu pinkeln. Das finde ich nicht in Ordnung! Ich hätte mir ein gemeinsames Gespräch gewünscht.

Sehr viele Probleme können in einem gemeinsamen Gespräch geregelt werden. Johnny sagte heute selbst schon im Zusammenhang mit dem Kulturleitbild gewisse Dinge gehören ausgedet. Das ist richtig und eine normale Art der politischen Kommunikation und ich pflege das mit allen Vereinen in dieser Art und Weise. Bis jetzt hat das völlig reibungslos funktioniert. Es ging nur nicht darum den FreiRaum auszuschalten, sondern ich wollte lediglich alternative Räumlichkeiten darstellen.

Wir machten dem FreiRaum dieses Angebot am 07.09.2020 und hörten dann nichts mehr. Nicht einmal wie die Ergebnisse der Mitgliederversammlung vom 01.10.2020 waren. Es wäre schön gewesen, wenn der Stadt Wels das Ergebnis dieser Besprechung mitgeteilt worden wäre. Nein, es wird gleich eine Pressekonferenz gemacht, bei der es nicht darum ging jetzt konstruktiv eine Lösung zu finden. Sondern es ging nur darum eine große Initiative zu starten und zu sagen, wie böse ist der Bürgermeister, er greift die Zivilgesellschaft an. Meine Herrschaften, das ist etwas zu leicht gemacht!

Ich möchte einige Sachen festhalten. Was ist der Verein FreiRäume? Das ist jener Verein, der am 06.10.2020 gegründet wurde mit dem einzigen Zweck die Räumlichkeiten am Marktplatz und sonstige zu verwalten für die Initiative FreiRäume. Das bedeutet Räumlichkeiten für die Vereine gratis zur Verfügung zu stellen – nicht mehr und nicht

weniger. Dieser Verein ist nicht FPÖ-nahe und hat mit uns auch nichts zu tun. Das möchte ich noch einmal betonen und jeder, der mit dem Verein mitarbeiten kann, ist herzlich willkommen. Eine Stigmatisierung dieses Vereines halte ich daher nicht für angebracht und ist mit nichts zu rechtfertigen.

Es wurde erst von GR. Hufnagl angesprochen, ob ein derartiger Verein überhaupt gegründet werden darf. Natürlich darf ein zweiter Verein gegründet werden. Warum soll es nicht funktionieren? Nur weil eine Verwechslungsgefahr gegeben ist, gibt es hier ein Problem? Eine Verwechslungsgefahr ist bei dieser Unterschiedlichkeit nicht gegeben, zumindest den Verein FreiRäume betreffend. Aber auch der Zusatz „FreiRaum-Freizeitgestaltung“ lässt aus meiner Sicht eine hinreichende Verwechslungsgefahr ausscheiden, weshalb ich der Meinung bin die Behörde hat richtig entschieden und diesen Verein zugelassen. Wäre es aus ihrer Sicht nicht korrekt gewesen, hätte sie den Verein als Behörde untersagen müssen. Vereinsbehörde ist übrigens nicht der Magistrat Wels, sondern die Landespolizeidirektion, die das wohl eigenständig beurteilt. Das Weisungsrecht des Bürgermeisters gibt es in diesem Zusammenhang ebenfalls nicht.

Sind die Räumlichkeiten geeignet, die wir alternativ angeboten haben? Natürlich brauchen wir Adaptierungen. Daran zweifelt keiner und war von Anfang an ausgemacht. Das war von Anfang an klar. Mit 16.000, 18.000 oder 20.000 Euro pro Jahr kann ich viel sanieren. Daher gibt es für mich überhaupt keinen Grund, warum wir dieses Geld nicht investieren sollten. Aber in unsere eigenen Räumlichkeiten und nicht in fremde. Insofern sind diese Räumlichkeiten natürlich geeignet. Dass sie Adaptierungen benötigen, ist aus meiner Sicht selbstverständlich.

Was ist der Verein FreiRaum-Freizeitgestaltung? Das ist ein Verein, der mir bis vor kurzem auch unbekannt war. Offensichtlich jener Verein, den Dr. Herhacker vor drei Jahren gründete, um sein philosophisches Cafe zur Institutionalisierung in eine Vereinsstruktur einzubringen. Das, was er den Damen erzählte, war völlig korrekt. Die Damen sagen übrigens auch, dass er ihnen das erzählte. Wenn diesen verbreiteten Verschwörungstheorien tatsächlich Glauben geschenkt wird ohne mit einem anderen darüber zu reden, so ist das enttäuschend.

Bei der Frage, ob die Übernahme von langer Hand geplant war, stelle ich mir die Frage: Welche Übernahme? Weder das eine noch das andere. Erstens gibt es überhaupt keine Übernahme, weil jeder wieder mitmachen kann in diesen neuen Räumlichkeiten und zweitens war nichts von langer Hand geplant. Wir haben erst am Dienstag die endgültige Absage von Herrn Drack bekommen. In einem persönlichen Telefongespräch wurde mir mitgeteilt, dass der FreiRaum nicht bereit ist die Verwaltung dieser neuen Räumlichkeiten zu übernehmen. Wenn er es nicht mag, dann mag er es nicht und ich muss das zur Kenntnis nehmen.

Steht das Projekt FreiRaum vor dem aus? Natürlich nicht! Das Projekt „FreiRaum“ wird weiter bestehen bleiben. Warum auch nicht?! Es gibt Räumlichkeiten dazu und jemanden, der diese verwalten möchte. Die Räumlichkeiten sind geeignet und größer als je zuvor. Ich verstehe nicht warum man in dieser Runde Angst hat, dass ein solches erfolgreiches zivilgesellschaftliches Projekt aufhören soll. Dafür gibt es keine Notwendigkeit. Jeder kann bei diesem Projekt mitmachen und ich schliesse logischerweise keinen aus. Ich möchte auch gar nicht den Anspruch erheben überhaupt das Recht zu haben jemanden auszuschließen. Der Verein soll entscheiden wie er das

verwaltet. Johnny, dein Vorhalt ich möchte darüber Kontrolle ausüben ist verfehlt; das habe ich beim Alten Schlachthof nicht wollen und möchte ich auch jetzt nicht.

Warum kosten die neuen Räumlichkeiten nichts? Ganz einfach, weil sie uns gehören und wir Betriebskosten zahlen egal ob sie verwendet werden oder nicht. Die jetzt bestehenden Räumlichkeiten kosten uns wegen der zu zahlenden Miete, Betriebskosten und Reinigungskosten mehr. Diese sind auch von uns bei den anderen Räumlichkeiten zu tragen.

Gibt es eine Urkundenfälschung oder einen Betrug? Eine ganz infame Unterstellung, einfach um jemanden despektierlich zu machen und zu denunzieren. Eine ganz, ganz, ganz schlimme Art der Vorgehensweise und ich halte das wirklich für verwerflich. Was hier geschrieben wurde ist letztklassig!

Ist der Verein FPÖ-nahe? Nein, er ist nicht FPÖ-nahe. Es gibt keinen Vertreter der FPÖ-Fraktion in diesem Verein. Ich weiß nicht wie man darauf kommt. Das nächste Mal schreibe ich einfach, er ist GRÜNE-nah oder kommunistisch. Auch das ist etwas, was für mich völlig infam ist und wo ich sage, ein solches Vorgehen passt schon gar nicht zu einem respektvollen Umgang, den wir in diesen Reihen so groß anpreisen. Wenn wir schon von respektlos reden, ein paar Zitate in diesem Zusammenhang. StR. Reindl-Schwaighofer beschreibt mich als skrupellos und ich stelle hier die Frage nach dem respektvollen Umgang bzw. wenn andere sagen, dass ich ein geldgieriger Machtmensch bin. „Es ist nicht zu glauben, wie skrupellos Rabl vorgeht“, Zitat StR. Reindl-Schwaighofer. So viel zu respektvollem Umgang. „Rabl, ein intriganter kalter Machtmensch“ Oder „Rabl hat gelogen“, wohlwissend es gibt zwei unterschiedliche Vereine, es wurde nicht überprüft und leider falsch dargestellt. So viel zum respektvollen Umgang.

Wenn wir von respektvoll reden möchte ich nicht, dass Dr. Herhacker eines strafbaren Verhaltens bezichtigt wird, obwohl es dafür überhaupt keinen Hinweis gibt - das in der Öffentlichkeit und über die sozialen Netzwerken massenhaft geteilt - ist eine Art, wie man mit wem nicht umgeht – schon gar nicht respektvoll. Ich würde mir wünschen, dass wir - wenn überhaupt - mehr miteinander und nicht übereinander reden.

Wann hat der Verein FreiRäume mit mir erstmals Kontakt aufgenommen? Am 07.09.2020, als wir erfahren haben, dass der FreiRaum diese Räumlichkeiten nicht verwalten möchte. Auch das möchte ich hier klarstellen. Warum wurde mit der Kündigung nicht gewartet? Weil wir eine Kündigungsfrist hatten und diese ist am 30.09.2020 als Kündigungstermin ausgelaufen. Ohne Mitteilung des Vermieters konnten wir nicht warten.

Dass der FreiRaum als Projekt weiter besteht ist für mich völlig klar, sinnvoll, richtig und auch wichtig. Dahinter stelle ich mich, auch in dieser Form wie er jetzt gelaufen ist. Ob Herr Scharsach dort einen Vortrag hält oder nicht, so hat er seine Meinungsfreiheit wie jeder andere und kann seine Meinung äußern in dem Rahmen, in dem er will. Die Grenzen der Meinungsfreiheit sind bekanntlich das Strafrecht. Wie auch alle anderen das dürfen und können, denn dafür ist der FreiRaum da und es heißt nicht umsonst FreiRaum. Wir Freiheitliche fühlen uns der Freiheit entsprechend verbunden und deswegen haben wir damit überhaupt keine Problem. Auch in Zukunft, wenn die Antifa mit ihrer Diktion weiterhin dort Vorträge abhält, so sollen sie es machen, wenn sie

glauben es ist der richtige Weg. Aber jetzt uns diesen Vorwurf zu machen, dass wir nur vor haben etwas zu zerstören, etwas kaputt zu machen bei besseren Angeboten, die Räumlichkeiten betreffend nicht gesprächsbereit zu sein und nicht überlegt zu haben in welcher Lage die Stadt Wels derzeit ist, halte ich leider für völlig verfehlt.

Ich ersuche die Kollegen in Zukunft, wenn man etwas liest, so könnte man auch nachfragen. Es wird ständig alles nachgefragt. Vielleicht wäre es geschickt, Herr GR. Hufnagl, dass sie nachfragen bevor sie zu einem Schluss und einem Urteil kommen. Noch dazu zu so einem vernichtenden Urteil! Vielleicht denken sie mal darüber nach, was sie alles so sagen und ob das alles so stimmt. Wenigsten eine Überprüfung wäre es einmal Wert gewesen, wenn man Menschen - wie heute Dr. Herhacker – derart denunziert. Es gibt hier noch Aufklärungsbedarf und ich stehe diesem Aufklärungsbedarf naturgemäß auch zur Verfügung. Das geschieht am besten in einem Ausschuss und deshalb stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion zuzuweisen.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von Bgm. Dr. Rabl auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages (Anlage 2) in den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Diskussion wird mit

20 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)  
gegen 9 Ja-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion, NEOS)

angenommen.

GR. Mag. Schinninger und GR. Dr. Csar sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Die Sitzung des Gemeinderates wird zur Abhaltung der Bürgerfragestunde von 18.02 Uhr bis 18.05 Uhr unterbrochen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion  
betreffend Schutzimpfungen gegen die saisonale Grippe (Influenza)  
Verf-015-I-28-2020

Bgm. Dr. Rabl: Zu diesem Dringlichkeitsantrag gibt es einen Abänderungsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion, der lautet:

„2. Die Gesundheitsreferentin der Stadt Wels wird aufgefordert in Erfahrung zu bringen, in welchem Umfang, zu welchem Preis und mit welchen Lieferzeiten Impfdosen gegen die saisonale Grippe 2020/21 (Influenza) zur Verfügung stehen, um der Welsler Bevölkerung eine Schutzimpfung gegen die saisonale Grippe 2020/21 kostenlos anbieten zu können.“

Ich ersuche diesen Abänderungsantrag in die Debatte mitaufzunehmen.

GR. Mag. Schinninger: In der Saison 2018/2019 starben 1.343 Menschen an den Folgen einer Influenza-Erkrankung. 2019/2020 waren es immerhin auch noch 834 Menschen, die der echten Grippe zum Opfer fielen. Das sind die nackten nüchternen Zahlen der AGES (Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit). Obgleich jeder Tote zumindest ein Toter zu viel ist, ist der Trend in die richtige Richtung gehend, gab es doch im Jahr 2016/2017 4.463 und in der Saison 2017/2018 auch noch 2.851 Menschen, die die Infektion mit dem Influenza-Virus nicht überlebt haben.

Derzeit sind viele von uns – ich möchte sagen – fast alle im Banne der Corona-Pandemie. Stehen Ampeln auf Rot werden Maßnahmen getroffen und wieder verworfen. Viele wissen nicht was richtig oder falsch ist und haben Angst um ihre Gesundheit, Angst um ihre Existenzgrundlage, Angst vor dem Morgen. Angst ist mitunter das Schlimmste, das einem Menschen widerfahren kann. Zusätzlich vor der Angst vor diesem SARS-CoV-2-Virus kommt zunehmend Ungewissheit, wie sich denn 2020/2021 die allgemeine Gesundheitslage entwickeln wird. Vor allem warnen Mediziner zunehmend auch vor den Folgen einer Potenzierung von Covid-19 und der herkömmlichen, seit Jahrzehnten bekannter Influenza.

Sollten sich die Zahlen bei beiden Virenstämmen ins Negative entwickeln, dann steht unser Gesundheitssystem tatsächlich vor immens großen Herausforderungen. Dann ist auch zu befürchten, dass die Todesraten steigen. Uns allen ist bekannt es gibt gegen diesen Corona-Virenstamm noch keine Impfung. Hingegen sollte auch manchen Realitätsverweigerern nicht unbekannt sein, dass es gegen den jährlich aktuellen Influenza-Stamm eine wirkungsvolle Impfung gibt. Und diese schon seit den 1940-er-Jahren. Medizinisch ausgereift und in Fachkreisen unumstritten. Trotz allem haben wir in Österreich nur eine durchschnittliche Impfquote von rund 10 %. Bei der älteren Bevölkerung ab 60 Jahren liegt sie zum Glück bei rund 20 %. Dabei wissen 94 % von der Notwendigkeit einer Gripeschutzimpfung. 83 % der Befragten erachten eine Impfung als durchaus sinnvoll. Besonders hoch ist der Prozentsatz bei Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten, bei Menschen mit einem höheren Bildungsgrad und besserem Einkommen und grundsätzlich bei Frauen.

Genau hier müssen wir ansetzen. Es muss uns gelingen, die Durchimpfungsrate zu erhöhen. Der Nutzen einer möglichst hohen Durchimpfungsrate sollte und muss für jeden klar auf der Hand liegen: Reduktion von Krankheitsfällen und Krankenhausaufenthalten, niedrigere Sterblichkeit, weniger Krankenstände und Pflegezeiten sowie geringere Medikamentenverbrauch.

Wie kann uns das alles gelingen? Erstens durch eine Kampagne, die von der Sinnhaftigkeit überzeugen soll. Zweitens ist das Ziel unseres Antrages die kostenlose Zurverfügungstellung von ausreichend Impfdosen. Ich weiß, die Zeit im Jahr ist schon sehr fortgeschritten und mir ist auch bekannt, dass es bereits die eine oder andere Impfkation der ÖGK und des Landes Oberösterreich gibt. Aber nur für bestimmte Personengruppen. Ich bin mir vollkommen darüber im Klaren, dass der zur Verfügung stehende Impfstoff angeblich rar wäre. Das soll uns aber nicht aufhalten, liebe Silvia, zu versuchen Impfstoff zu erhalten und zu versuchen die Menschen zum Impfen zu bewegen. Vorsorge ist stets besser als Nachsorge!

Ich ersuche dich, liebe Silvia, die geforderten Dinge in Erfahrung zu bringen. Ich ersuche dich, Peter Lehner, um Unterstützung im Rahmen deiner ÖGK-Tätigkeit und dich, Herr Bürgermeister, das Geld zur Verfügung zu stellen.

GR. Schäfer, Bsc: Aus unserer Sicht ist in diesem Antrag nicht das Finanzielle das Wesentliche, sondern wir sehen vielmehr die Gesundheitsreferentin gefordert abzuklären wie viele Impfdosen, zu welchem Preis und wann verfügbar sind? Darüber hinaus sollte bedacht werden, dass z. B. Unternehmen Grippeimpfungen für ihre Arbeitnehmer gratis zur Verfügung stellen.

Ebenso sollten nach Möglichkeit budgetäre Mittel vom Land oder dem Bund abgefragt werden. Die Grippesaison ist schon voll im Gange bzw. sollte spätestens Anfang November mit der Impfung begonnen werden. Daher brachten wir einen Abänderungsantrag ein, damit eine kostenlose Grippeimpfung für alle Welsler für die Grippesaison 2020/2021 zur Verfügung gestellt werden kann.

StR. Lehner: Lieber Klaus Schininger, ich bin nicht in der Selbstverwaltung der ÖGK. Selbstverwaltung ist es ganz etwas Wichtiges und bitte daher mich nicht in einen anderen Selbstverwaltungskörper zu übersiedeln. Ich bin im Selbstverwaltungskörper der SVS und bin stolz darauf die Interessen der Selbstständigen in der Sozialversicherung vertreten zu dürfen.

Grundsätzlich ist der Bund für Impfungen zuständig. In vielen Bereichen ist die Finanzierung so geregelt, dass zwei Drittel der Bund finanziert, ein Drittel die Sozialversicherung und ein Drittel die Länder. Die Gemeinden scheinen hier üblicherweise gar nicht auf. Als Vertreter der Sozialversicherung bin ich sehr froh, wenn die Gemeinden so viel Budget haben, um auch das Impftema übernehmen zu können. Andererseits sind wir verpflichtet mit unserem Budget sehr sorgfältig umzugehen. Das heißt die Zuständigkeit ist hier schon sehr wichtig. Wien als Land hat es uns vorgemacht – Geld spielt im Wahlkampf keine Rolle und dann kann man im großen Stil impfen.

Die Wiener haben vor allem den österreichischen Impfmarkt leergeräumt und daher ist es jetzt wirklich eine riesen Herausforderung Impfdosen noch zu bekommen. Da gibt es ein großes Ringen der Länder mit dem Bund bzw. mit der Stadt Wien, wie man zu Impfdosen kommt. Da unsere Silvia einen guten Kontakt zu Peter Hacker hat, gelingt es ihr vielleicht für Wels entsprechende Dosen zu bekommen.

Aktuell lassen sich schon sehr viele Welsler auf eigene Kosten impfen. Das heißt, hier entsteht relativ rasch Ungerechtigkeit. Die, die sich schon vorsorgend auf eigene Kosten impfen haben lassen, bekommen dann nichts. Das bitte bei einer Planung des entsprechenden Budgets zu berücksichtigen, damit wir die Welsler auch entsprechend unterstützen, die schon geimpft sind, falls wir generell noch Impfdosen bekommen. Die Bestellung für den Impfstoff ist im ersten Halbjahr üblicherweise durchzuführen, weil sich die Stämme jedes Jahr ändern und langfristig angelegt werden müssen von der Pharmaindustrie. Vielleicht können wir uns das für das nächste Jahr vormerken, denn dafür gibt es sicher nächstes Jahr in Wels genug Kreativitätspotenzial mit Blick auf den September, damit wir entsprechende Initiativen oder ein großes Impfprogramm 2021/22 starten können. Alles möglich! Wie gesagt, es ist eine Frage der Zuständigkeiten und eine Frage der budgetären Mittel.

GR. KR. Schönberger: Es wäre eigentlich schon ein Thema der Politik so weit vorausschauen. Eigentlich konnte mit einer neuen Grippewelle – beginnend im November oder spätestens im Jänner – gerechnet werden. Es hätte präventiv auch von der Bundespolitik oder auch der Landespolitik verlangt werden können genug Grippeimpfstoff zu organisieren.

Genau das wird von der Bevölkerung von der Politik verlangt. Vorausschauend zu arbeiten und nicht im Moment zu verharren, denn hinterher wissen es alle besser. Es ist richtig, momentan sind Impfstoffe für die Grippe schwierig zu bekommen, zumindest zu den Preisen, wie sie jetzt am Markt gehandelt werden. Aber wenn man weiß, dass spezielle Impfstoffe – gerade für Senioren – im Juli erst von der WHO genehmigt und in Österreich und Deutschland zugelassen wurden, könnte versucht werden, ob man von diesen noch etwas bekommen könnte.

Wenn es nicht Aufgabe des Gemeinderates ist, wäre es vernünftig uns eine Resolution an den Bund und das Land zu überlegen, um weiteren Impfstoff zu organisieren, um allen Impfwilligen wirklich eine Impfung zur Verfügung stellen zu können. Ich glaube, das ist der Anspruch, wenn man als Gemeinderat für 60.000 bis 70.000 Menschen die Verantwortung übernimmt, auch dafür Sorge zu tragen, alles Mögliche zu unternehmen, um denjenigen, die sich impfen lassen möchten, das zugutekommen zu lassen. Und das kostet Geld.

Wir haben in den letzten Monaten viele Möglichkeiten gefunden, Geld an die Betroffenen fließen zu lassen. Dann gibt es halt morgen einen Apothekengutschein über 20 Euro. Mit diesem kann man sich dann gegen Grippe impfen lassen oder sich etwas anderes zur Erhaltung der Gesundheit kaufen. Das verlangen Menschen in Zeiten wie diesen von uns: Vorausschauen und Kreativität. Das ist ein Auftrag an uns alle und wenn der Antrag im Welser Gemeinderat vielleicht falsch ist, weil eine Silvia Huber das vom Gesundheitsminister Versäumte nicht machen wird können. Ansonsten würde ich sie für „Höheres“ vorschlagen.

Wir sollten nichts unversucht lassen und wenn dieser Impfstoff etwas teurer ist, dann muss in die Finanzen der Stadt gegriffen werden, um das mitunterstützen zu können, weil es um die Welser geht. Für diese haben wir als Gemeinderat die Verantwortung übernommen und diese wird von den Menschen jetzt auch eingefordert.

GR. Haböck: Ich finde es schade, dass du liebe Silvia, heute von deinen Parteikollegen links und rechts eine drauf bekommst, denn ich finde den Antrag sehr gut und sehr richtig. Kollege Schönberger glaubt die Stadt Wels kann den Impfmarkt umgehen, weil niemand auf der ganzen Welt auf die Idee kommt sich Impfdosen zu sichern. In Wien hat ein Parteikollege aufgrund einer Wahlkampfaktion die Impfdosen aufgekauft und gleichzeitig mit der Corona- und Impfhilfe verknüpft. Dies hat zum kompletten Zusammenbruch des Systems in Wien geführt. Im Wahlkampf ist die Vernunft oft eher zweitgerichtet.

Der Vorschlag ist sehr gut und auch unser Abänderungsantrag wurde inhaltlich für gut befunden, deswegen wird der Antrag dann hoffentlich so genehmigt. Warum die Gesundheitsreferentin von der eigenen Partei geschimpft wird, warum sie nicht früher aktiv geworden ist, weiß ich nicht. Zu glauben die Stadt Wels hätte im März alle Influenza-Impfdosen aufkaufen und horten können, ist eine nicht ganz der Realität

entsprechende Weltsicht. Es braucht bei einem Impfstoff eine so große Organisation wie die EU, um am Weltmarkt gut ankaufen zu können und selbst das ist noch nicht ausreichend.

Danke, liebe Silvia, und auch der FPÖ-Fraktion für diesen Abänderungsantrag. Wir werden das unterstützen und schade, dass du hier aus den eigenen Reihen so viel Kritik erfahren musst.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Auch ich darf mich kurz zu diesem gesundheitspolitisch extrem wichtigen Thema zu Wort melden. Ich möchte zuerst einmal eine Lanze für die Gesundheitsreferentin brechen. Mir ist das sehr wichtig weil ich der Meinung bin, dass sie ihr Amt in voller Umsicht ausübt und tatsächlich im Frühjahr nicht absehbar war wie die Entwicklung mit Corona stattfinden wird. Ihr das jetzt unterschwellig zum Vorwurf zu machen halte ich für verfehlt, weil eine derartige Prognose auf keinen Fall möglich gewesen wäre.

Wir wissen alle, der Impfstoff ist heute nur mehr schwer zu bekommen. Der Hintergrund dieses Antrages ist naturgemäß, wenn genug Geld gesetzt wird kann man natürlich ausreichende Impfdosen erhalten, nur muss das in der preislichen Tranche entsprechend adäquat sein. Ich bin der Meinung es soll zuerst einmal erhoben werden, ob es diesen Impfstoff überhaupt noch gibt und was er kostet. Dann sollen wir gemeinsam eine Entscheidung darüber treffen, machen wir das oder verschieben wir es auf das nächste Jahr, indem wir dann schon im Frühjahr aktiv sind und uns ausreichend mit entsprechenden Impfdosen versorgen. Ich verweise darauf, wenn es dann keine entsprechende Abnahme gibt wir auf den Impfdosen sitzenbleiben, weil sie nächstes Jahr wieder wirkungslos sind. Ich bin ein Freund der Grippeimpfung und hoffe noch eine entsprechende Impfdosis zu bekommen.

GR. Mag. Schinninger: Danke, liebe Kollegen, für diesen Input! In diesem Rahmen möchte ich schon betonen, dass wir mit unserer Gesundheitsreferentin und meiner persönlichen Freundin, Silva Huber, mehr als zufrieden sind. Lieber Stefan Haböck, wenn du besser aufgepasst hättest, dann hättest du gehört, dass niemand die Silvia Huber kritisierte.

Der Abänderungsantrag der FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl: Danke, die Tagesordnung ist somit abgearbeitet. Ich werde in einigen Tagen mit den Fraktionsvorsitzenden beraten, ob wir die nächste Gemeinderatssitzung virtuell machen. Das wird abhängen von der Corona-Entwicklung. Prinzipiell möchte ich festhalten, dass es für einen demokratischen lebendigen Austausch besser ist vor Ort in einem Saal zu sein, weil hier eine lebhaftere Diskussion möglich ist. Per Video ist das eher sehr schwierig und braucht sehr viel Disziplin. Danke für die Abarbeitung der Tagesordnung. Ich wünsche noch einen schönen Abend.

### **H I N W E I S für Internet-Nutzer:**

*Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 25.01.2021 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.*